

Kapitel 1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.01.2025
Tagesordnungspunkt: WP-K1 Kapitel 1: In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

Antragstext

1 Die Menschen in Deutschland sind zu Recht stolz auf das, was sie schaffen, auf
2 die Qualität ihrer Arbeit, auf ihre Erfahrungen und Kompetenz - ob im
3 Erwerbsleben, in der familiären Erziehung, in der Pflege von Angehörigen oder im
4 Ehrenamt. Ihre Leistungen verdienen unsere Anerkennung. Deutschland muss auf
5 diese Kraft bauen, um die großen strukturellen Herausforderungen anzugehen, vor
6 denen wir stehen: Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine und der
7 Systemkonflikt zwischen liberalen Demokratien und autoritären Staaten im Umfeld
8 Chinas erfordern eine Neuausrichtung von Wirtschaftssicherheit und Handel,
9 Lieferketten und Absatzmärkten. Wir werden diesen Wettstreit auch im
10 Ökonomischen nur gewinnen, wenn wir den großen Vorteil der liberalen Demokratie
11 maximal zur Geltung bringen: dass Menschen neue Ideen haben und Dinge frei
12 entdecken und entfalten können. Wir wollen in der kommenden Regierung daran
13 weiterarbeiten, die strukturellen Schwächen unseres Standorts zu beheben, unsere
14 Unternehmen auf dem Weg in die Klimaneutralität zu unterstützen und unsere
15 Wirtschaft in Einklang mit den planetaren Grenzen zu bringen. Wir sorgen dafür,
16 dass Deutschland und Europa bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei
17 sind. Dafür muss Wirtschaften einfacher und verlässlicher werden, dafür müssen
18 Chancen fair eröffnet und alle gerecht entlohnt werden. Dafür können wir nicht
19 im Status quo verharren. Vielmehr brauchen wir mehr Raum und Begeisterung für
20 die Bereitschaft und den Mut, mit neuen Ideen und Technologien ins Risiko zu
21 gehen. Unser Ziel ist, die Innovationskraft unseres Landes spürbar zu stärken
22 und zum Spitzenreiter bei Zukunftstechnologien zu werden. Das europäisch
23 verankerte Vorsorgeprinzip stellt sicher, dass technologischer Fortschritt für
24 nachhaltige Entwicklung und im Sinne des Gemeinwohls erfolgt.

25 Damit wir unseren Wohlstand erneuern und nicht nur verwalten, braucht es ein
26 Land, das einfach funktioniert – einen Staat, der es den Menschen und
27 Unternehmen leichter macht, ihre Ideen umzusetzen, und nicht schwerer: mit einem
28 Klick zur Lösung statt mit einem Dutzend Formularen in den Papierkrieg. Den
29 Anfang haben wir in den vergangenen drei Jahren geschafft: Wir haben ein
30 Rekordtempo beim Ausbau der Erneuerbaren erzeugt, haben Grundlagen gelegt bei
31 der Modernisierung der Industrie, der Zuwanderung von Fachkräften, der
32 Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Stärkung von
33 Investitionen. Aber unser Land braucht jetzt eine gemeinsame Anstrengung, damit
34 wir auf diesem Weg erfolgreich vorankommen. Der Wettlauf bei der technologischen
35 Entwicklung macht es notwendig, dass neue Ideen und Innovationen schneller
36 Wirklichkeit werden.

37 Wenn wir auf diesem Weg den deutschen und europäischen Standort stärken, stärken
38 wir dabei auch die Idee der sozialökologischen Marktwirtschaft – und eine
39 Wirtschaft, die Verantwortung übernimmt für Gesellschaft und Umwelt, sichere
40 Arbeitsplätze bietet und vor Ort verankert ist: eine Wirtschaft im Dienst der
41 Menschen. Eine starke Wirtschaft ist die Bedingung unseres Wohlstandes und
42 Voraussetzung für Zusammenhalt und Stabilität im Inneren, für ein
43 handlungsfähiges Europa und nicht zuletzt zur Bewältigung der Klimakrise.

44 Nachhaltiger Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und Gerechtigkeit
45 ist Kern eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems. Dieser Wohlstand ist eng
46 verknüpft mit der Bekämpfung der Klimakrise, die gemeinsam mit der Krise der
47 Artenvielfalt die große Aufgabe unserer Zeit ist. Denn wir wollen einen Planeten
48 erhalten, auf dem Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können. Wir werden
49 den immer häufigeren Extremwettern nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern
50 mit aller Kraft dafür kämpfen, dass sich das Klima stabilisiert. Das erfordert
51 große Investitionen, zum Beispiel in den Ausbau günstiger erneuerbarer Energien,
52 die Steigerung der Energieeffizienz und den Umbau der Stromnetze, die
53 jahrzehntelang verschleppt wurden. Dafür brauchen wir intakte Ökosysteme,
54 gesunde Wälder, saubere Meere und Respekt vor den Tieren als Mitgeschöpfe. Wenn
55 wir die Umwelt schützen, schützt sie uns auch. Klimaschutz ist Menschenschutz
56 und zugleich eine zentrale Wettbewerbsfrage unserer Zeit. Der Weg zurück zu den
57 fossilen Technologien führt in den wirtschaftlichen Stillstand und ist eine
58 Bedrohung für die Menschheit.

59 Wir werden darauf achten, dass alle Menschen unseres Landes den Weg mitgehen
60 können, der in eine gute Zukunft führt. Wir sorgen dafür, dass auch Mieter*innen
61 mit knappem Budget eine moderne Heizung und eine verbesserte Dämmung bekommen.
62 Wir sorgen dafür, dass der Zugang zu elektrischer Mobilität die Fortbewegung
63 komfortabler und erschwinglicher macht – ob mit dem Bus, der Bahn oder dem E-
64 Auto. Wir sorgen dafür, dass durch Klimaanpassung die Wohnungen von Mieter*innen
65 und das Eigentum von Hausbesitzer*innen geschützt werden.

66 **A. Eine starke Wirtschaft für sichere Jobs**

67 **Für einen wettbewerbsfähigen Standort**

68 Unternehmen brauchen gute Wettbewerbsbedingungen und ein gutes
69 Investitionsklima, allem voran klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.
70 Für unsere Wirtschaft sorgen wir für dauerhaft günstige, verlässliche und
71 klimaneutrale Energie, erhöhen private und öffentliche Investitionen in
72 Innovation und Infrastruktur, vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen
73 staatliche Verfahren und Prozesse und arbeiten daran, das Fachkräftepotenzial in
74 und für Deutschland zu erhöhen.

75 Eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist ein entscheidender
76 Standortfaktor. Erleichterungen für Eigenstromproduktion, langfristig sichere
77 Abnahmeverträge und die konsequente Erschließung von Flexibilitätspotentialen
78 und den Preisvorteilen der Erneuerbaren sichern der Wirtschaft direkten Zugang

79 zu günstiger Energie. Auch für die Wirtschaft ist die weitere Absenkung der
80 Steuern und Abgaben auf Strom wichtig. Deshalb übernehmen wir die Netzentgelte
81 für die überregionalen Stromleitungen aus dem Deutschlandfonds und senken die
82 Stromsteuer auf das europäische Minimum. Wir werden verstärkt Maßnahmen zur
83 Steigerung der Energieeffizienz unterstützen. Zudem setzen wir uns ein für eine
84 breitere Ausgestaltung der Strompreiskompensation für energieintensive
85 Unternehmen, die im globalen Wettbewerb stehen. Wir werden das
86 Wasserstoffkernnetz zügig und bedarfsorientiert aufbauen, die Erzeugung von
87 grünem Wasserstoff in Deutschland fördern und neue Importquellen sichern.

88 Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) leiden besonders unter
89 aufwendiger Bürokratie und oft zu komplizierten Regeln. Die Beschleunigung des
90 Ausbaus der Erneuerbaren haben wir maßgeblich durch das Abschaffen
91 bürokratischer Hürden wie Anträge für einzelne Stecker ermöglicht. Den gleichen
92 Weg müssen wir in allen Bereichen gehen. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein
93 pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in
94 Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden.
95 Dabei werden Sektor für Sektor die Betroffenen aus Unternehmen, Verwaltung und
96 Zivilgesellschaft eingebunden, unnötige bürokratische Hürden bestimmt und
97 praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert, ohne soziale oder ökologische
98 Schutzstandards abzubauen. Das werden wir nun flächendeckend und systematisch
99 ausrollen und auch in den Gesetzgebungsprozessen vorab umsetzen. Bei jeder
100 Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit für die Bürger*innen, die
101 Unternehmen und die Verwaltung in Ländern und Kommunen im Vordergrund stehen.
102 Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung von Regulierungen ein, um
103 bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel
104 verfehlen, wieder zu streichen, ohne Schutzstandards abzubauen. Ein wesentliches
105 Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Wir
106 wollen, dass zentrale öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer
107 Stelle gebündelt werden und Daten nach dem Once-Only-Prinzip nur einmal
108 eingereicht werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und
109 reduzieren, um so Kosten zu senken und Zeit zu sparen. Damit mehr Unternehmen
110 von den KMU-Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für
111 die Definition von KMU moderat anheben.

112 Deutschland ist von früheren Regierungen jahrelang auf Verschleiß gefahren
113 worden. Zu lange hat es zu wenig verlässliche öffentliche Investitionen gegeben.
114 Dabei steht hinter jeder öffentlichen Investition realwirtschaftliche
115 Wertschöpfung. Wir wollen eine starke, resiliente und verlässliche Infrastruktur
116 bereitstellen, indem wir die öffentlichen Investitionen dafür aus nationalen und
117 aus Mitteln der Europäischen Union (EU) stärken und ausbauen. Dafür werden wir
118 auch die Schuldenbremse reformieren.

119 Der Großteil der Investitionen kommt jedoch von Unternehmen und anderen privaten
120 Akteuren. Wer in Deutschland investiert, soll es bei der Steuer leichter haben:
121 Dazu führen wir eine auf fünf Jahre befristete, unbürokratische
122 Investitionsprämie von 10 Prozent für alle Unternehmen und alle Investitionen
123 mit Ausnahme der Gebäudeinvestitionen ein. Diese Prämie wird mit der

124 Steuerschuld des Unternehmens verrechnet; falls die Prämie die Steuerschuld
125 übersteigt, wird sie ausgezahlt. Die Wirksamkeit dieser Prämie evaluieren wir
126 durch ein jährliches Monitoring.

127 Es ist absolut entscheidend, dass wir nicht nur gute Ideen entwickeln, sondern
128 dass daraus auch starke neue deutsche und europäische Unternehmen entstehen.
129 Hier haben wir bisher im Vergleich zu den USA oder China eine große Schwäche
130 beim Zugang zu Finanzierung. Wir erleichtern deshalb den Zugang zu Wagniskapital
131 durch die Fortsetzung der WIN-Initiative, um jungen innovativen Unternehmen
132 durch verbesserte steuerliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen
133 einen einfacheren Zugang zu privatem Kapital zu ermöglichen. Wir wollen es
134 Versicherungen, Rentenkassen und Privatpersonen erleichtern, in Start-ups und
135 Scale-ups zu investieren, sofern die Höhe der Investments einem vertretbaren
136 Risiko entspricht. Außerdem werden wir die Möglichkeiten von Start-ups
137 verbessern, in ihr Unternehmen zu reinvestieren.

138 Wettbewerbsfähigkeit steht und fällt auch mit gut qualifizierten Beschäftigten.
139 Gewerkschaften, betriebliche Mitbestimmung und die Sozialpartnerschaft mit ihrer
140 starken Tarifbindung sind eine Stärke unseres Standorts. Wir setzen uns für eine
141 Beitragsstabilität in der Sozialversicherung ein, um den Anstieg der
142 Lohnnebenkosten zu begrenzen. Um Menschen in ganz Europa besser gegen
143 wirtschaftliche Krisen abzusichern und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu
144 schaffen, setzen wir uns für europäische Mindeststandards für soziale
145 Sicherungssysteme ein.

146 **Für mehr Arbeitskräfte und die gleichberechtigte** 147 **Erwerbstätigkeit von Frauen**

148 Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften ist eine der größten Herausforderungen
149 für die wirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung Deutschlands. Ob
150 Handwerk, Gastronomie oder große Konzerne – alle sind betroffen. Um diese Lücke
151 zu schließen, gilt es Hindernisse abzubauen und Anreize zu setzen, damit
152 Menschen sich auf dem Arbeitsmarkt einbringen können.

153 Deutschland hat 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, während viele
154 Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Mit der Ausbildungsgarantie haben wir dazu
155 beigetragen, dass junge Menschen besser ihren Weg in den Beruf finden. Die
156 Attraktivität der beruflichen Ausbildung werden wir weiter erhöhen. Wir
157 unterstützen Menschen, die schon im Berufsleben sind und sich neu orientieren
158 oder weiterqualifizieren möchten. Dafür wollen wir das Qualifizierungsgeld
159 weiterentwickeln und für Erwerbstätige mehr Eigeninitiative bei der beruflichen
160 Weiterbildung ermöglichen und diese sozial absichern. Auch der demografische
161 Wandel verstärkt die Arbeitskräftelücke. Daher müssen wir für ältere
162 Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen, die länger arbeiten möchten, finanzielle
163 Anreize bei den Sozialversicherungsbeiträgen bieten. Wir wollen das Potenzial
164 von Menschen mit Behinderung auch auf den Arbeitsmarkt bringen. Dazu bauen wir
165 bürokratische Hürden und durch Aufklärung Vorurteile ab. Denn die Herstellung
166 von Barrierefreiheit ist eine Investition zur Gewinnung von Fach- und
167 Arbeitskräften.

168 Wenn Arbeit besser ins Leben passt und alle Frauen mit Kindern so arbeiten
169 könnten, wie sie möchten, hätten wir in Deutschland bis zu 840.000 zusätzliche
170 Arbeitskräfte. Deshalb müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
171 erleichtern und die Bedingungen für eine gerechte Aufteilung von Care-Arbeit
172 verbessern. Dafür wollen wir den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität und
173 flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen, ohne die Betriebe zu überfordern. Ein
174 gutes und verlässliches Angebot an Betreuungsplätzen ist dafür die Grundlage.
175 Betreuungskosten sowie Kosten für Haushaltshilfen und haushaltsnahe
176 Dienstleistungen sollten umfangreicher bei der Steuer absetzbar sein. In der
177 jetzigen Form stellt das Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar
178 und ist weder gerecht noch zeitgemäß. Deshalb wollen wir es grundlegend
179 geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle
180 Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für Paare, die bereits
181 verheiratet sind, ändert sich nichts - außer sie entscheiden sich freiwillig für
182 das neue Modell. Indem wir eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen
183 ermöglichen, stärken wir ihre eigenständige Absicherung, schützen sie so vor
184 Altersarmut und stärken gleichzeitig die Volkswirtschaft.

185 Deutschland muss für qualifizierte Arbeitskräfte aus aller Welt attraktiv, offen
186 und einladend sein. Wir wollen, dass Menschen, die bei uns arbeiten wollen, ihr
187 Arbeitsvisum online beantragen können und dafür nur eine Ansprechstelle
188 brauchen. Eine digitale Einwanderungsagentur soll den Einwanderungsprozess
189 modernisieren und beschleunigen. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Austausch
190 mit Ämtern und Behörden noch leichter auf Englisch erfolgen kann. Wir wollen die
191 Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen deutlich vereinfachen und, wo es
192 möglich ist, praxisorientierte Nachweisooptionen ermöglichen. Dafür schaffen wir
193 eine zentrale Anerkennungsstelle und mehr personelle Ressourcen. Bei der
194 Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland achten wir darauf, eine übermäßige
195 Talentabwanderung in den Herkunftsländern zu verhindern. Die Arbeitshindernisse
196 für Geflüchtete bauen wir weiter ab, auch weil sie über den Arbeitsmarkt
197 schneller in unsere Gesellschaft integriert werden. Wir wollen die
198 Arbeitsaufnahme und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten unbürokratisch und gut
199 kombinierbar gestalten.

200 **Für eine starke europäische Wirtschaft**

201 Der europäische Binnenmarkt mit seinen 450 Millionen Einwohner*innen und 17
202 Billionen Euro Wirtschaftsleistung ist eine historische Errungenschaft. Nur mit
203 mehr Europa können wir im Wettbewerb mit den USA und China bestehen, können wir
204 die gemeinsame Wachstums- und Innovationsschwäche überwinden und wieder
205 treibende Kraft beim technologischen Fortschritt werden. Das schafft und sichert
206 auch Wohlstand und gute Jobs in Deutschland.

207 Wir wollen den europäischen Binnenmarkt weiter stärken und um eine vertiefte
208 Digitalunion ergänzen, damit die Unternehmen der Zukunft auch in Europa groß
209 werden. Und wir wollen einen EU-Binnenmarkt für Forschung und Innovation. So
210 entfesseln wir die europäische Zusammenarbeit zwischen Universitäten,
211 Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Gemeinsame Forschungsinfrastrukturen

212 und -agenturen stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit und können uns wieder zum
213 Spitzenreiter bei den Zukunftstechnologien machen.

214 Europa war bereits einmal Weltmarktführer bei sauberen, nachhaltigen
215 Technologien wie Solarmodulen, Windturbinen und Elektrolyseure. Der europäische
216 Green Deal gibt mit klimapolitischen und ökologischen Zielen und Leitplanken den
217 Rahmen für fairen Wettbewerb in der EU. Bei pragmatischer Umsetzung kann Europa
218 so auch zum innovativen Marktführer für nachhaltige Elektrotechnik, Chemie,
219 Maschinenbau und Dienstleistungen werden. Damit sichern wir durch Klima- und
220 Ressourcenschutz gute Jobs im Industriebereich – einem wichtigen Zukunftsmarkt.
221 Dazu brauchen wir jetzt stabile Rahmenbedingungen für die Entwicklung und
222 Skalierung von Zukunftstechnologien statt innovationsfeindliche Diskussionen um
223 ein Rollback oder eine Bremsung des europäischen Green Deal. Deswegen wird es
224 mit uns keine Aufweichung bestehender Klimaschutzziele oder Abschwächung des
225 Ambitionsniveaus zu deren Erreichung geben.

226 Wir unterstützen die Erweiterung des Green Deal durch die neue EU-Kommission zum
227 Clean Industrial Deal. Wir müssen von Klimaschutzmaßnahmen wirtschaftlich
228 stärker profitieren und unsere klimaneutrale europäische Innovationskraft zu
229 einem globalen Wettbewerbsvorteil ausbauen. Dazu braucht es eine echte,
230 europäisch koordinierte Industriepolitik. Dafür wollen wir im nächsten EU-
231 Finanzrahmen die entsprechenden Instrumente schaffen und sie mit den notwendigen
232 Mitteln unterlegen. Dazu gehört auch, dass wir das Beihilferecht der EU so
233 ändern, dass es kurzfristig einer umfassenden Unterstützung der Dekarbonisierung
234 der Industrie und dem Abbau gefährlicher Abhängigkeiten von Autokratien nicht im
235 Wege steht.

236 **Für funktionierende und nachhaltige Finanzmärkte**

237 Funktionierende Finanzmärkte sind ein essenzieller Bestandteil stabiler
238 wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer nachhaltigen Investitionsdynamik,
239 die für klimaneutrale Erneuerung unerlässlich sind. Um Finanzkrisen vorzubeugen,
240 benötigen Banken, aber auch Versicherungen und andere Finanzmarktakteure
241 ausreichend haftendes Eigenkapital. Gerade kleine Banken und Finanzmarktakteure
242 wollen wir von unnötig kleinteiliger Bürokratie entlasten.

243 Trotz der gemeinsamen Währung orientieren sich die Kapitalmärkte der EU-
244 Mitgliedstaaten häufig noch an nationalen Staatsgrenzen. Die uneinheitliche
245 Regulierung hemmt Investitionen aus dem Ausland und schränkt
246 Finanzierungsmöglichkeiten für in der EU ansässige Konzerne ein. Aber auch
247 kleine und mittelständische Firmen leiden, etwa unter dem vergleichsweise
248 unterentwickelten europäischen Markt für Eigenkapitalinstrumente und
249 Schuldverschreibungen. Wir werden uns europäisch für eine rasche Vollendung der
250 Kapitalmarkt- und Bankenunion einsetzen und eine starke europäische
251 Kapitalmarktaufsicht schaffen. Das Vertrags- und Insolvenzrecht für
252 Finanzmarktakteure wollen wir dafür europaweit angleichen.

253 Wir wollen Finanzmarktakteuren die nachhaltige Finanzierung erleichtern und die
254 Finanzierung der Biodiversität stärken. Sustainable Finance leistet einen
255 wichtigen Beitrag, Investitionen in fossile Energien unwirtschaftlich und

256 Investitionen in Zukunftstechnologien günstiger zu machen. Deutschland soll eine
257 führende Rolle bei der Verbesserung der Sustainable-Finance-Regulierung spielen.
258 Wir setzen uns dabei für mehr Konsistenz und Vereinfachung bei der Sustainable-
259 Finance-Regulierung auf europäischer und internationaler Ebene ein, mit Fokus
260 auf Wirkung und Effizienz. Dazu braucht es klare Regeln gegen Greenwashing. Alle
261 Geldanlagen des Staates sollen nach Nachhaltigkeitskriterien und im Einklang mit
262 den Zielen des Pariser Klimaabkommens angelegt werden. Wir werden die EU-
263 Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) in nationales Recht umsetzen und uns für
264 eine Vereinfachung der ihr zugrunde liegenden Standards (ESRS) einsetzen, um sie
265 für Unternehmen handhabbarer zu machen. Die Green Asset Ratio (GAR) werden wir
266 reformieren.

267 **Für mehr Innovationskraft**

268 Deutschland und Europa müssen bei den Innovationen der Zukunft vorn mit dabei
269 sein. Denn diese Innovationen sind nicht nur entscheidend für unsere
270 wirtschaftliche Zukunft, sondern auch für die Bewältigung der großen
271 gesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit – von der Klimakrise bis zur
272 geopolitischen Behauptung gegen den Autoritarismus.

273 Die Spitzenposition der deutschen Forschung soll weiter gestärkt und ausgebaut
274 werden. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich mehr als 3,5
275 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. Unsere
276 Forschungspolitik umfasst die Stärkung der freien Grundlagenforschung ebenso wie
277 der missions- und anwendungsorientierten Forschung sowie den Transfer in
278 marktreife Produkte. Dabei fördern wir technische und soziale Innovationen
279 gleichwertig, stärken die sozial-ökologische Forschung und unterstützen
280 Großforschungsanlagen. Wir werden die Zukunftsstrategie für Forschung und
281 Innovation konkretisieren und weiterentwickeln.

282 Mit einem Forschungsdatengesetz werden wir die Verfügbarkeit von Daten
283 verbessern und den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen fördern. Wir
284 werden die Bemessungsgrundlage für die Forschungszulage weiter ausweiten und so
285 Unternehmen bei der Forschung besser unterstützen. Gleichzeitig brauchen wir
286 eine auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft.

287 Mit der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) wollen wir
288 regionale Innovationsökosysteme unterstützen, in denen Wissenschaft,
289 Gesellschaft und die Wirtschaft gemeinsam an innovativen Lösungen arbeiten. Die
290 Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) fördert Innovationen nicht
291 klassisch durch Förderprogramme, sondern durch sogenannte Challenges. Diesen
292 Ansatz wollen wir ausbauen und auf europäischer Ebene nach dem ARPA-Modell
293 flankieren.

294 Mit einem Reallabor-Gesetz werden wir Experimentierräume schaffen, in denen
295 Wissenschaftler*innen und lokale Akteur*innen gemeinsam neue Technologien und
296 Anwendungen erproben können. Diese Räume sind auch Lernräume für Wirtschaft,
297 Zivilgesellschaft und Verwaltung, etwa zur Entwicklung eines geeigneten
298 regulatorischen Rahmens. Wir werden die bürokratischen Hürden im Forschungs- und

299 Technologiebereich reduzieren und gleichzeitig auch die Forschung zu Risiken und
300 die Technikfolgenabschätzung stärken.

301 Wir werden der Digitalisierung der Wirtschaft und Wissenschaft und der
302 Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen einen deutlichen Schub geben, um
303 unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zu sichern. Wir
304 haben eine große Kompetenz in Künstlicher Intelligenz (KI), müssen diese aber
305 stärker in die Praxis bringen. Dazu wollen wir die Entwicklung und Anwendung von
306 KI, die Etablierung robuster Cybersicherheitsstandards sowie die Stärkung
307 digitaler Kompetenzen in Unternehmen und Hochschulen etwa durch eine
308 Weiterentwicklung der Mittelstandsdigitalzentren gezielt fördern und und die
309 Datennutzung etwa durch den zügigen Aufbau des Dateninstituts erleichtern. Mit
310 einem Quick Check für rechtskonforme KI-Systeme sollen Anwender*innen
311 niedrigschwellig prüfen können, in welche Risikokategorie die Verwendung fällt
312 und welche Pflichten einzuhalten sind. Wir schaffen zudem passende
313 Rahmenbedingungen für interoperable Standards und für einen sicheren und
314 effizienten Datenaustausch entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der Staat
315 sollte als vertrauensvoller Referenzkunde seine Marktmacht als Einkäufer nutzen,
316 um innovative digitale Produkte zu fördern. Dabei sollte er insbesondere Open-
317 Source-Anwendungen einsetzen, Produkte von Start-ups und KMU berücksichtigen und
318 IT-Sicherheit gewährleisten.

319 Für die notwendige Innovationskraft brauchen Deutschland und Europa eine neue
320 Gründungskultur. Wir werden Gründungen einfacher machen durch rechtliche
321 Vereinfachungen, eine Digitalisierung und Automatisierung von Gründungsprozessen
322 und indem wir Gründer*innen in One-Stop-Shops Begleitung und Beratung aus einer
323 Hand anbieten. Wir wollen Gründungen in ihrer Vielfalt unterstützen. Dafür geben
324 wir insbesondere Gründerinnen und nachhaltigen Start-ups einen Booster, etwa
325 durch verbesserte Finanzierungsangebote. Wir werden Wissenschaftler*innen
326 ermöglichen, sich für die Gründung eines Unternehmens unbezahlt freustellen zu
327 lassen. Ausgründungen und IP-Transfer aus Hochschulen verschaffen wir mit den
328 Start-up Factories einen echten Schub und stärken die EXIST-Hochschulförderung
329 in der Breite inklusive EXIST Women und gezielter Formate für bisher
330 unterrepräsentierte Gruppen bei Gründungen. Den Transferauftrag für Hochschulen
331 und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen stärken wir. Damit auch die
332 Beschäftigten am Unternehmenserfolg beteiligt werden können, bauen wir die
333 Mitarbeiterkapitalbeteiligung generell weiter aus.

334 **Für die klimaneutrale Modernisierung der Industrie**

335 Unser Anspruch ist es, dass Deutschland ein starker Industriestandort bleibt,
336 denn Industrieunternehmen sind in ihren Regionen identitätsstiftend und wichtige
337 Arbeitgeber. Wir wollen unsere Industrie bei der klimafreundlichen
338 Modernisierung unterstützen, sie hier halten und verhindern, dass die Produktion
339 in Länder abwandert, in denen es noch keinen CO₂-Preis und nur laxen
340 Umweltschutz- und Sozialstandards gibt. In einer Welt, in der Krisen, Konflikte
341 oder machtpolitische Bestrebungen jederzeit Lieferketten stören oder zerbrechen

342 lassen können, brauchen wir in essenziellen Bereichen eigene
343 Produktionsmöglichkeiten, um fatale Abhängigkeiten zu vermeiden.

344 Damit die klimaneutrale Modernisierung der Industrie gelingen kann, setzen wir
345 auf einen effizienten Instrumentenmix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten wie
346 dem CO₂-Preis als zentralem Anreiz zur CO₂-Einsparung, gezielter Unterstützung
347 vor allem bei Investitionen und unbürokratischem Ordnungsrecht. Wo
348 Investitionshürden zu Beginn zu hoch sind und über den CO₂-Preis nicht genug
349 Anreize gesetzt werden, setzen wir auf wettbewerbsorientierte Instrumente wie
350 die Klimaschutzverträge. Den Anwendungsbereich der Klimaschutzverträge werden
351 wir ausweiten und so diejenigen Unternehmen finanziell fördern, die pro Euro am
352 meisten CO₂ einsparen. Neben einer Standortgarantie wollen wir die
353 Klimaschutzverträge auch an eine Bezahlung nach Tarifvertrag binden. Um
354 ausreichend Nachfrage für klimaneutral hergestellte Produkte zu garantieren,
355 werden wir grüne Leitmärkte in Sektoren wie Stahl und Zement europaweit
356 etablieren. Dafür wollen wir beispielsweise bei öffentlichen Aufträgen eine
357 Mindestquote von grünem Stahl einführen, die stetig ansteigt. Wir werden
358 Unternehmen, insbesondere KMU, beim Umstieg von fossiler Wärme auf moderne
359 strombasierte Wärmeproduktion gezielt unterstützen.

360

361 Die vollständige Klimaneutralität der Industrie wird aufgrund von schwer zu
362 vermeidenden Emissionen bei bestimmten Produktionsprozessen nur mit der
363 Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂ (CCS/CCU) möglich sein. Deshalb
364 ermöglichen wir für diesen Bereich die Anwendung dieser Technologien.
365 Voraussetzung dafür ist, dass das abgeschiedene CO₂ in einer sicheren und
366 stabilen Form gespeichert oder im Rahmen geschlossener Kohlenstoffkreisläufe
367 genutzt wird. Wo technisch nicht vermeidbare Emissionen entstehen, kann dies
368 unterstützt werden. Grundsätzlich gilt für die Finanzierung das
369 Verursacherprinzip. Wir wollen einen europaweit einheitlichen Regelungsrahmen,
370 einschließlich eines verbindlichen Haftungsrechts entwickeln. Dazu schaffen wir
371 eine integrierte europäische Infrastruktur, inklusive gemeinsamer europäischer
372 CO₂-Speicher. Wir berücksichtigen dabei bestehende Nutzungen gerade auch auf dem
373 Meer, verbindliche ökologische Kriterien sowie den Ausschluss von Schutzgebieten
374 und deren unmittelbarer Umgebung. Wir erforschen und entwickeln auch negative
375 Emissionen – also natürliche und technische Prozesse, die der Atmosphäre CO₂
376 entziehen - und setzen klare Ziele für das Erreichen von Negativemissionen, ohne
377 diese gegen die Reduktionsziele des Emissionshandels anzurechnen.

378 Global ist der Wettbewerb zwischen Verbrenner und E-Autos längst entschieden.
379 Die Automobilindustrie mit ihren mittelständischen Zulieferbetrieben ist der
380 größte Industriezweig in unserem Land. Für diese Unternehmen und ihre
381 Arbeitnehmer*innen ist Planungssicherheit entscheidend: Wir bleiben dabei, ab
382 2035 nur noch klimaneutrale Antriebe neu zuzulassen. Wir unterstützen die EU-
383 Flottengrenzwerteverordnung mit ihren Zielen für die CO₂-Reduktion für die Jahre
384 2025, 2030 und 2035. Mögliche Strafzahlungen sollen im Rahmen der bestehenden
385 Regelungen gegebenenfalls gestreckt und für den Hochlauf der E-Mobilität durch
386 europäische Programme genutzt werden, damit die Automobilindustrie dringend

387 notwendige Investitionen in die Modernisierung tätigen kann. Wir beschleunigen
388 den Hochlauf der Elektromobilität durch gezielte Förderung für die
389 Ladeinfrastruktur und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize für
390 verbrauchsarme E-Autos. Förderung wollen wir dabei nur jenen gewähren, die auch
391 in Europa mit seinen hohen sozialökologischen Standards produzieren: in Europa,
392 für Europa. Mit gezielten Forschungsprogrammen und dem Ausbau der regionalen
393 Transformationsnetzwerke unterstützen wir die Fortentwicklung von
394 Geschäftsmodellen und berufliche Weiterqualifizierung zur Vermeidung von
395 Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Bereichen vernetztes Fahren,
396 Batteriezellen und dem Einsatz von KI.

397 Unser Vermögen und unsere Zukunft liegt in klugen Köpfen und einem
398 ambitionierten Forschergeist. Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in
399 Schlüsselbereichen wie KI, Quantentechnologie, Mikrochips, Cloud-Computing,
400 klimaneutrale Energielösungen, Biotechnologie und Robotik wollen wir künftig
401 nicht nur mitgestalten, sondern zu den führenden Nationen aufschließen und
402 globale Trends setzen. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf europäische
403 Firmen. Insbesondere werden wir den Aufbau von Produktionskapazitäten für
404 Schlüsseltechnologien wie beispielsweise Mikrochips und Batterien weiter
405 vorantreiben. Die gestiegene Bedeutung der Raumfahrt für Geopolitik, Sicherheit
406 und Nachhaltigkeit muss sich noch stärker in nötigen Investitionen, einer
407 wettbewerbsfähigen europäischen Raumfahrtindustrie auch durch New-Space
408 Geschäftsmodelle sowie einem souveränen Zugang zum Weltraum etwa für
409 Satellitenkommunikation, -navigation und Erdbeobachtung widerspiegeln.

410 Auch der Schritt zur Klimaneutralität ist ein Innovationsmotor. Von der
411 Herstellung von Wasserstoff durch Elektrolyseure bis zum E-Auto entstehen neue
412 Zukunftstechnologien. Deutschland wird seinen Wohlstand nur halten können, wenn
413 wir in diesen Bereichen global führend sind. Deswegen werden wir die Entwicklung
414 und Forschung an Zukunftstechnologien fördern und ihre Markteinführung
415 unterstützen. So werden wir hochwertige Arbeitsplätze und den Wohlstand von
416 morgen sichern. Dafür wollen wir den Net-Zero Industry Act der EU möglichst
417 schnell und umfassend in Deutschland umsetzen.

418

419 Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien wie die Kernfusion und ihren
420 Beitrag zur künftigen Energieversorgung wollen wir unter Berücksichtigung von
421 Sicherheitsfragen weiter erforschen, auch wenn sie bis 2045 voraussichtlich noch
422 keinen Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele leisten können.

423 **Für die Stärkung von Mittelstand und Handwerk**

424 Die ökonomische Kraft unseres Landes liegt in der Vielfalt seiner Unternehmen.
425 Die Tatkraft und Innovationsfähigkeit der Handwerksbetriebe, der Selbstständigen
426 und Freiberufler*innen sowie der KMU sind Motor unserer Wirtschaft. Sie treiben
427 den Klimaschutz voran und sorgen gerade in ländlichen Räumen für Arbeitsplätze
428 und Stabilität. Der Entfaltung dieser Kraft wollen wir Rückenwind geben.

429 Das Handwerk bietet in einer nachhaltigen Wirtschaft krisensichere
430 Arbeitsplätze. Durch Bürokratieabbau, die Unterstützung bei Nachfolgen und die

431 gezielte Förderung der Ausbildung im Handwerk wollen wir die Rahmenbedingungen
432 verbessern. Oberstes Ziel sind der Erhalt und die Zukunftsfähigkeit der
433 Betriebe. Damit Handwerksberufe noch attraktiver werden, setzen wir auf
434 branchenspezifische Mindestvergütungen und mehr Gleichwertigkeit von beruflicher
435 und akademischer Ausbildung. Der Meisterbrief soll kostenlos werden. Wir setzen
436 uns dafür ein, dass die Zeit der Schwangerschaft auch im Handwerk und in der
437 Selbstständigkeit auskömmlich abgesichert wird.

438

439 Wir nehmen auch die Bedarfe von Soloselbstständigen und Kleinunternehmen
440 verstärkt in den Blick und schaffen Rechtssicherheit bei der Auftragsvergabe.
441 Zentral ist dabei eine zeitgemäße Definition von Selbstständigkeit auf Basis von
442 Positivkriterien, damit das Statusfeststellungsverfahren transparent und
443 rechtssicher durchgeführt werden kann. Wir stärken die sozialen
444 Sicherungssysteme für Soloselbstständigkeit und setzen uns für mehr
445 Gerechtigkeit bei Beiträgen, Leistungen und Besteuerung ein.

446 Preissteigerungen - wie zuletzt im Energiesektor durch den russischen
447 Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelöst - können dazu führen, dass das Leben für
448 viele Menschen weniger bezahlbar ist. Gleichzeitig wurde in verschiedenen Fällen
449 unlauterer Profit aus diesen Krisen geschlagen. Gegen diese Profitinflation
450 braucht es eine starke deutsche und europäische Wettbewerbspolitik mit dem
451 unabhängigen Bundeskartellamt und der EU-Kommission im Zentrum. Das
452 Wettbewerbsrecht braucht eine Weiterentwicklung, um KMU sowie Verbraucher*innen
453 effektiver vor Monopolen zu schützen und für mehr Fairness zu sorgen. Auf
454 europäischer Ebene wollen wir dazu das von der Kommission bereits vorgeschlagene
455 New Competition Tool wiederbeleben, vor allem um heimische Unternehmen vor
456 unfairen Praktiken globaler Großunternehmen zu schützen. Die schon jetzt
457 übermächtigen Plattformunternehmen wollen wir an der Ausweitung ihrer Macht auf
458 weitere Geschäftsbereiche, etwa im Finanzmarkt, hindern und dafür das
459 Wettbewerbsrecht in aller Härte nutzen. Umgekehrt sollen kleine Übernahme- und
460 Fusionsfälle in Deutschland und Europa von bürokratischen Verfahren entlastet
461 werden.

462 Unfaire und teure Praktiken von Onlineplattformen zulasten des mittelständischen
463 Gewerbes und der Verbraucher*innen werden wir mithilfe des Wettbewerbsrechts
464 zurückdrängen. Über große Onlinehändler gelangen massenweise Waren zu uns, die
465 europäische Standards nicht einhalten. Im Internet entstehen immer wieder neue,
466 unfaire und manipulative Praktiken. Wir unterstützen den Digital Fairness Act
467 der EU Kommission und setzen uns dafür ein, dass große Plattformen – genau wie
468 der Laden um die Ecke – Produktverantwortung übernehmen müssen. Wir wollen faire
469 und transparente digitale Märkte für Gewerbetreibende, Kreativschaffende, Presse
470 und nicht zuletzt ihre Kundschaft schaffen.

471 Um die Vergabestellen gerade der Kommunen und die Wirtschaft um
472 Verwaltungskosten von über einer Milliarde Euro zu entlasten, modernisieren wir
473 das Vergaberecht umfassend, um nachhaltige Beschaffung zu vereinfachen und zur
474 Regel zu machen. Wir werden auch die Regionalität von Produkten und die
475 Resilienz der europäischen Wirtschaft als Kriterien bei geeigneten Vergaben

476 ermöglichen. Auch die Losvergabe muss die Regel bleiben, um KMU den direkten
477 Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu erhalten. Um die Vergabestellen gerade der
478 Kommunen zu entlasten, werden wir die Direktauftragungsgrenzen deutlich anheben.
479 Die nachhaltige Vergabe werden wir durch geeignete Hilfsinstrumente für alle
480 Vergabestellen einfacher machen. Wir berücksichtigen Start-ups bei der Vergabe
481 besser.

482 Um Familienunternehmen und Start-ups weitere Nachfolgeoptionen zu bieten, wollen
483 wir eine neue attraktive Rechtsform für Gesellschaften mit gebundenem Vermögen
484 einführen. Gemeinwohlorientierte Unternehmen sollen künftig die gleiche
485 Förderung erhalten wie alle anderen Gründer*innen auch. Gelder von verwaisten
486 Konten werden wir zur Stärkung sozialer Innovationen und gemeinwohlorientierter
487 Unternehmen verwenden. Die Nationale Strategie für Soziale Innovationen und
488 Gemeinwohlorientierte Unternehmen werden wir fortführen.

489 Von Wertschöpfung und Investitionen vor Ort in den Kommunen hängt die
490 Wirtschaftskraft und Lebensqualität in ländlichen Räumen entscheidend ab. Durch
491 den Ausbau der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung (GRW)
492 stellen wir sicher, dass Menschen und Unternehmen sich überall im Land entfalten
493 können.

494 Nicht nur in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen wie der Lausitz, dem
495 Mitteldeutschen Revier und dem Rheinischen Revier liegt das Potenzial für
496 ambitionierten Klimaschutz und vorausschauende Wirtschaftspolitik. Die
497 Herausforderungen sind groß und dennoch wollen wir den Strukturwandel als Chance
498 begreifen, um mit neuer Infrastruktur, neuen Wissenschaftsstandorten,
499 Wirtschaftsförderung, Renaturierung und Investitionen in Zukunftstechnologien
500 den Weg in eine nachhaltige Zukunft zu ebnen. Wichtig ist uns dabei, die
501 Menschen vor Ort durch transparente Entscheidungsprozesse, aber auch durch
502 Unterstützung der Ideen und Wünsche vor Ort zu beteiligen.

503 Der Tourismus ist in Deutschland Motor für Wachstum und Beschäftigung,
504 insbesondere in ländlichen Regionen. Wir werden die Nationale Tourismusstrategie
505 fortentwickeln und den Tourismusstandort Deutschland nachhaltiger, sozial
506 gerechter und innovativer gestalten.

507 Wohlstand ist für uns mehr als nur die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf.
508 Wir haben daher erstmals im Jahreswirtschaftsbericht auch den Zustand von Umwelt
509 und Klima sowie soziale Faktoren mit in den Blick genommen. Diese umfassende
510 Wohlstandsmessung wollen wir ausbauen und verstärkt kommunizieren. Wir wollen
511 Unternehmen unterstützen, die ihre betriebliche Erfolgsmessung weiterentwickeln
512 wollen.

513 **Für Wirtschaftssicherheit und zukunftsfähigen Außenhandel**

514 Unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Resilienz und Sicherheit hängen neben
515 dem europäischen Binnenmarkt wesentlich von belastbaren internationalen
516 Partnerschaften und vom globalen Handel ab. Angesichts geopolitischer Konflikte,
517 protektionistischer Maßnahmen und zunehmend schärferem internationalen

518 Wettbewerb brauchen wir eine zukunftsfähige Handelsagenda, die sich für alle
519 auszahlt.

520 Ausgewogene Handelspartnerschaften eröffnen deutschen Unternehmen nicht nur neue
521 Absatzmärkte, sondern stärken auch ihre Lieferketten. Ungleichgewichte in der
522 Handelsbilanz wollen wir schrittweise reduzieren. Eine breitere Streuung unserer
523 Wirtschaftsbeziehungen hilft zudem, Abhängigkeiten in kritischen Bereichen zu
524 verringern. Der strategische Fokus auf einzelne Sektoren und gezielte Abkommen
525 für bestimmte Waren und Dienstleistungen verspricht dabei schnelle
526 Verhandlungserfolge und stärkt die europäische Wirtschaft. Hohe Standards bei
527 sozialer Gerechtigkeit, Klima-, Natur- und Tierschutz sowie Menschenrechten
528 bewahren gleichzeitig die europäische Wirtschaft vor einem schädlichen
529 Unterbietungswettbewerb und schützen vor Ausbeutung oder Umweltzerstörung in
530 anderen Ländern. Wir verhandeln entsprechend folgender Prinzipien:
531 rechtsverbindliche und einklagbare ökonomische, soziale und ökologische
532 Standards; eine Verankerung des Vorsorgeprinzips; eine verbindliche Verankerung
533 des Pariser Klimaabkommens, der zentralen Arbeitsschutzkonventionen der
534 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Übereinkommens zur
535 biologischen Vielfalt; der Beendigung der missbräuchlichen Nutzung von
536 Schiedsgerichten und die Begrenzung von zukünftigen Investitionsabkommen auf
537 direkte Enteignung und Diskriminierung. Europäische Einigung bei der
538 Entscheidung über Abkommen ist uns wichtig.

539 Die EU-Lieferkettenrichtlinie ist eine große Errungenschaft: Verbraucher*innen
540 in Europa können sicher sein, dass Produkte, die sie hier kaufen, frei von
541 Ausbeutung und Kinderarbeit entstanden sind. Wir sorgen dafür, dass die
542 Lieferkettenrichtlinie unbürokratisch in deutsches Recht übertragen wird. So
543 schaffen wir einen Binnenmarkt, in dem die europäische Wirtschaft durch unseren
544 Einsatz für das europäische und deutsche Lieferkettengesetz global Verantwortung
545 übernimmt. Die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung müssen sich am Pariser
546 Klimaabkommen ausrichten.

547 Unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen erfordern entschiedenes Handeln –
548 deshalb setzen wir uns, wo es geboten ist, bei der EU-Kommission für
549 Ausgleichszölle ein, etwa auf Stahl. Wir stärken der EU-Kommission in ihren
550 Verhandlungen mit China über Dumping von E-Autos den Rücken, um die Interessen
551 der europäischen Industrie zu wahren. Die Schlupflöcher im Zollrecht müssen
552 geschlossen werden, durch die besonders asiatische Onlinehändler wie Temu
553 unsichere Wegwerfprodukte am Zoll vorbeischleusen und europäische Hersteller
554 unterbieten. Wer dauerhaft illegale Produkte im großen Stil nach Europa
555 einführt, muss nach dem EU-Gesetz über digitale Dienstleistungen sanktioniert
556 werden. Wir werden den europäischen CO₂-Zoll CBAM durch eine Ausweitung des
557 Anwendungsbereichs, eine Berücksichtigung der Gesamtemissionen des Herstellers
558 im Herkunftsland und die Nutzung von Standardwerten praxistauglicher und
559 effektiver gestalten. Damit er die Wettbewerbsnachteile ausgleicht, die
560 europäischen Industrieunternehmen gegenüber Herstellern aus Ländern ohne CO₂-
561 Preis entstehen.

562 Strategisch wichtige Branchen wie Energie und Telekommunikation werden wir mit
563 einem neuen Investitionsprüfungsgesetz vor Übernahmen schützen. Um unsere
564 Unabhängigkeit und ungestörte Lieferketten zu sichern, gehen wir bei
565 Ausschreibungen in Sektoren mit hoher Abhängigkeit entsprechend der
566 Resilienzvorgaben des Net-Zero Industry Acts vor. Staatliche Förderprogramme für
567 den Kauf von Produkten wie E-Autos werden wir künftig für Produkte gewähren, die
568 größtenteils auch in Europa mit seinen hohen sozialen und ökologischen Standards
569 produziert wurden. Wir werden das IT-Sicherheitsgesetz um Cybersicherheit im
570 Energiesektor erweitern.

571 **Für Rohstoffsicherheit und Kreislaufwirtschaft**

572 Eine nachhaltige, unabhängige und wettbewerbsfähige Wirtschaft erfordert eine
573 gesicherte Versorgung mit Rohstoffen und den Übergang zu einer effektiven
574 Kreislaufwirtschaft. Auch für die Herstellung wichtiger Klimatechnologien sind
575 wir auf eine verlässliche Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Eine
576 funktionierende Kreislaufwirtschaft ist auch Voraussetzung für Klimaschutz und
577 Artenschutz sowie ein Wirtschaften im Einklang mit den planetaren Grenzen.

578 Unser Ansatz für mehr Rohstoffsicherheit basiert auf vier Säulen. Erstens wollen
579 wir den Verbrauch von Primärrohstoffen senken und langfristig halbieren. Der
580 Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energierohstoffe, Rohstoffeffizienz,
581 Suffizienzstrategien und – wo möglich – der Ersatz von Rohstoffen, ebenso wie
582 der gezielte Einsatz von Recyclingrohstoffen sind der Schlüssel dafür. Zweitens
583 fördern wir Abfallvermeidung, Langlebigkeit, Wiederverwendung, Reparatur und
584 Recycling für den Aufbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft. Drittens setzen
585 wir auf heimischen und europäischen Bergbau, auch mit einem modernisierten
586 Bergrecht, das die Ziele Klimaschutz, Umweltschutz und Bürger*innenbeteiligung
587 vereint mit beschleunigten und effektiveren Verwaltungsprozessen für den
588 Rohstoffabbau, um dort wo möglich unabhängiger zu werden von Rohstoffimporten.
589 Und viertens entwickeln wir eine nachhaltige und faire Rohstoffaußenpolitik und
590 schließen neue Rohstoffpartnerschaften, die an der Einhaltung der Menschenrechte
591 und des Umweltschutzes ausgerichtet sind.

592 Niemand hat Lust, ständig Dinge wegzuwerfen und große Mengen an Müll zu
593 produzieren. Die Kreislaufwirtschaft macht daraus mit neuen Geschäftsmodellen
594 wirtschaftliche Chancen, von Mehrwegflaschen über reparaturfähige Smartphones
595 bis zum Wohnhaus aus ökologischen Baumaterialien. Dies schafft zudem neue
596 Arbeitsplätze. Sie braucht dafür die richtigen regulatorischen und ökonomischen
597 Rahmenbedingungen, eine gute Finanzierung ihrer Infrastruktur, mehr
598 Materialstandardisierung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für recyceltes
599 Material. Die Potentiale der Digitalisierung wollen wir besser nutzen. Ein
600 digitaler Produktpass stellt etwa bessere Informationen über verwendete
601 Materialien bereit und schafft Transparenz. Dafür werden wir jetzt die
602 Kreislaufwirtschaftsstrategie umsetzen. Auf europäischer Ebene haben wir unter
603 anderem mit Ökodesignvorgaben die gesetzlichen Grundlagen dafür erreicht, dass
604 Produkte künftig langlebiger und reparaturfreundlicher hergestellt werden. Das
605 wollen wir jetzt ambitioniert umsetzen und einen bundesweiten Reparaturbonus für

606 haushaltsübliche Elektro- und Elektronikgeräte einführen sowie ökologisch
607 vorteilhafte Mehrwegsysteme stärken.

608

609 Zugleich sollen die abfallwirtschaftlichen Kompetenzen der Kommunen so gestaltet
610 werden, dass insbesondere auch gewerbliche Abfälle besser vermieden, sortiert
611 und wiederverwendet werden und Anreize für die Verbrennung wiederverwendbarer
612 Rohstoffe wegfallen. Zur Müllreduktion geben wir den Kommunen Rechtssicherheit
613 zum Erlassen einer Verpackungssteuer.

614 **Für einen starken Verbraucherschutz**

615 Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich
616 Verbraucher*innen verlassen können. Gerade in Zeiten steigender
617 Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen, das Leben
618 einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz und Betrug
619 zu schützen. Dies gilt auch bei der Versorgung mit medizinischen Produkten und
620 Hilfsmitteln.

621 Gentechnikfreie Lebensmittel sind für viele Verbraucher*innen wichtig. Damit das
622 möglich bleibt, müssen alle, die gentechnikfrei arbeiten wollen, das auch in
623 Zukunft können. Dafür ist entscheidend, dass es keine Patente auf Leben gibt:
624 Pflanzen, Tiere, Saatgut und Gene dürfen nicht patentiert werden. Und es braucht
625 Risikoprüfungen gemäß dem europäisch verankerten Vorsorgeprinzip,
626 Rückverfolgbarkeit und eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch verändertes
627 Saatgut und Lebensmittel. Das gilt gleichermaßen für neue gentechnische
628 Verfahren in der Landwirtschaft, die zugleich weiterhin hinsichtlich ihrer
629 Chancen, Risiken und Folgen erforscht werden sollen.

630

631 Lebensmittel müssen für alle erschwinglich sein. Verdeckte Preiserhöhungen durch
632 Mogelpackungen und unfaire Handelspraktiken stellen wir ab. Wir wollen leicht
633 zugängliche Informationen und umfassende Transparenz über Zutaten und
634 Herstellung von Lebensmitteln. Die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen sollen
635 für alle leicht erkennbar sein.

636 Steigende Energiepreise und die notwendige Energie- und Wärmewende stellen
637 Verbraucher*innen vor große Herausforderungen. Wir werden einen wirksamen Schutz
638 vor Wärme- und Stromsperren auf den Weg bringen. Damit für Stromkund*innen
639 schnell und einfach sichtbar wird, ob sie aufgrund eines übersteuerten
640 Altvertrags Monat um Monat zu viel für ihren Strom bezahlen, machen wir die
641 Stromrechnungen transparenter, unter anderem durch die Angabe des mittleren
642 Strompreises und der Preisspanne für Neukund*innen auf der Energierechnung. Dann
643 weiß jede und jeder, wann sich ein Wechsel besonders lohnt. Das wirkt als Teuer-
644 Bremse für Stromtarife. Um die Verbraucher*innen vor übermäßig hohen Kosten bei
645 der Fernwärme zu schützen, führen wir eine bundesweite Preisaufsicht ein und
646 sorgen für mehr Transparenz bei der Preiskalkulation durch die
647 Fernwärmeversorger.

648 Wenn es ums Geld geht, sind transparente und einfach verständliche Informationen
649 besonders wichtig. Deshalb bedarf es beim finanziellen Verbraucherschutz

650 besonders hoher Standards und einer fairen und unabhängigen Finanzberatung. Dazu
651 zählen auch Schutz vor unseriösen und diskriminierenden Geschäftspraktiken sowie
652 Hilfe bei Überschuldung, etwa über eine für alle zugängliche, einfache
653 Schuldnerberatung und eine unabhängige Verbraucherbildung. Im Zentrum steht der
654 Schutz von Kleinanleger*innen. In der Bundesanstalt für
655 Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wollen wir die Ausrichtung auf
656 Nachhaltigkeit und den Verbraucherschutz stärken und sie auch beim Schutz vor
657 Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht nehmen. Zudem setzen wir auf
658 transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für
659 nachhaltige Finanzprodukte, die sich auf Umwelt, Soziales und
660 Unternehmensführung beziehen.

661 Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und
662 Verbraucher*innen, etwa bei der Nutzung von Kreditkarten, wollen wir günstiger
663 machen - mithilfe innovativer Wettbewerber, dem Wettbewerbsrecht und
664 gesetzlichen Maßnahmen gegen Wucher wie einer Deckelung des effektiven
665 Jahreszins für Verbraucher*innen. Auf neue Gebühren für Verbraucher*innen wollen
666 wir dabei verzichten. Dort wo bargeldloses Zahlen noch kompliziert ist, wollen
667 wir den Zugang vereinfachen.

668 **B. Ein modernes und digitales Land**

669 **Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert**

670 Für die Herausforderungen im Heute und Morgen wollen wir unseren Staat besser
671 aufstellen und bieten dafür den demokratischen und föderalen Partnern die Hand
672 für eine Staatsreform. Die Aufgaben und Rollen sollen an manchen Stellen in
673 unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet
674 werden. Gerade bei der Digitalisierung erwarten die Bürger*innen
675 bundeseinheitliche Lösungen auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Hier
676 muss der Bund die Verantwortung übernehmen und dafür die entsprechenden
677 Kompetenzen bekommen. Wir setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt
678 Doppelstrukturen und Gegeneinander. Der Bund sollte bei Gesetzen und
679 Förderprogrammen mehr Umsetzungsverantwortung auf Länder und Kommunen
680 übertragen, statt alles detailliert selbst zu regeln. Länder und Kommunen
681 brauchen mehr Spielräume für eigenverantwortliches Handeln wie auch für konkrete
682 Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit gesetzlich geregelte
683 Leistungen einen digitalen Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die
684 Leistungserbringung vor Ort nutzen können. Durch solche zentralen
685 Serviceeinheiten kann der Bund Routineaufgaben zentral erbringen, damit sich die
686 Verwaltung vor Ort auf die Beratung konzentrieren kann. Den Auftakt für diese
687 Reformprozesse könnten die Diskussionen in einem Bürgerrat geben.

688 Die Gesetzgebung des Bundes muss die Praxistauglichkeit und die digitale
689 Umsetzbarkeit im Prozess mitdenken. Die Digital- und Praxischecks wollen wir
690 dafür ausbauen und ressortübergreifend einheitliche Rechtsbegriffe und Verfahren
691 nutzen. Bei neuen Gesetzgebungsvorhaben ist das zugrunde liegende Stammgesetz zu
692 modernisieren, sind Leistungen zu pauschalisieren sowie Experimentierräume und

693 Reallabore vorzusehen. Die Bundeshaushaltsordnung und ihre Anlagen wollen wir
694 entschlacken, ohne die Fehlverwendung öffentlicher Gelder zu begünstigen. In der
695 Bundeshaushaltsordnung wollen wir künftig Nachhaltigkeitsaspekte
696 berücksichtigen.

697 Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI und die
698 Nutzung übergreifender Synergien innerhalb der Verwaltung, kann der
699 Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden. So schaffen wir einen
700 effizienteren Staat, verkleinern die Ministerialverwaltung des Bundes und
701 stärken die Umsetzungsverantwortung der nachgeordneten Bundesbehörden. Mit einem
702 strategischen Personalmanagement treiben wir die Modernisierung der Verwaltung
703 voran. Dies ist in Zeiten des Fachkräftemangels und unbesetzter Stellen dringend
704 nötig.

705 **Für eine serviceorientierte Verwaltung**

706 Wir werden unsere öffentliche Verwaltung konsequent modernisieren,
707 digitalisieren und an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten.

708 Die Menschen in Deutschland sollen mit dem Staat digital und auf Augenhöhe
709 kommunizieren können. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen
710 eine plattformunabhängige Deutschland-App auf Open-Source-Basis einführen. Darin
711 sollen schrittweise alle staatlichen Verwaltungsangebote und Leistungen sicher,
712 unkompliziert, barrierefrei und anwendungsfreundlich zur Verfügung stehen. In
713 dieser App kann man künftig mit wenigen Klicks zum Beispiel einen
714 Personalausweis beantragen oder die neue Wohnung anmelden. Die App dient als
715 einfache Bedienungsfläche für alle Bürger*innen und als Zielbild für die
716 deutsche Verwaltungsdigitalisierung. Im Hintergrund der App bauen wir eine
717 moderne, modulare und standardisierte IT-Architektur im Sinne von "Government as
718 a Platform", bei der die Verwaltungsdomänen von Bund, Ländern und Kommunen
719 sinnvoll ineinandergreifen und sichern die langfristige Finanzierung. Das
720 Datenschutzcockpit bauen wir als Transparenz- und Steuerungswerkzeug aus. Wir
721 setzen uns für eine Gesellschaft ohne digitale Gräben ein: für
722 Verwaltungsleistungen, aber auch für wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge
723 sollten - wo es nötig ist - analoge Zugänge offen gehalten und Beratungsangebote
724 ausgebaut werden.

725 Die Beschäftigten in den Behörden sind motiviert, sie packen an und wollen
726 Prozesse besser machen. Wir wollen sie entlasten und mehr Effizienz ermöglichen.
727 Dafür fördern wir eine Innovationskultur in der Verwaltung, die offen ist für
728 antragslose Verfahren, risikobereite Entscheidungen, Experimentierfreude, den
729 Einsatz moderner Technik. Dafür erhöhen wir die Ermessensspielräume der
730 Entscheider*innen. Wir ermöglichen den Einsatz von Automatisierung und KI-
731 Anwendungen überall, wo sie hilfreich, sinnvoll, diskriminierungsarm und ethisch
732 verantwortbar sind. Digitale Kompetenzen sollen zu einem selbstverständlichen
733 Teil der Verwaltungsaus- und fortbildung werden. Damit Daten nicht immer wieder
734 neu erhoben werden müssen, treiben wir die Registermodernisierung und -
735 vernetzung voran. Die Behörden sollen Datentools vorhalten, bei denen
736 Bürger*innen und Unternehmen ihre Daten nur einmal einpflegen müssen. Dann

737 müssen die verschiedenen Ebenen der Verwaltung darauf selbst zurückgreifen. Das
738 verschlankt persönliche Meldungen und Berichtspflichten. Dafür brauchen wir auch
739 eine eigene Cloud für die Verwaltung, die Sicherheit, Datenschutz,
740 Quelloffenheit und Anbieterunabhängigkeit gewährleistet. Außerdem wollen wir die
741 Vereinbarkeit von digitaler Verwaltung in der EU stärken.

742 **Für eine schnelle und umfassende Digitalisierung**

743 Die Digitalisierung zu gestalten, ist für unser Zusammenleben und unseren
744 Wohlstand zentral. Bisher ist das in Deutschland nicht ausreichend gelungen.
745 Dies liegt auch an der Zersplitterung der Zuständigkeiten dafür und der
746 fehlenden Ressourcenbündelung. Deswegen braucht es eine Bündelung von
747 Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und der Budgetverantwortung in einem
748 Digitalministerium und eine gemeinsame Strategie innerhalb der Bundesregierung.
749 Damit gehen wir den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die digitale Verwaltung,
750 eine Zentralisierung der Beschaffung, eine kohärente Aufsicht für
751 Digitalgesetze, die europäische und internationale Digitalpolitik und die
752 Förderung von Open-Source fokussiert an. Für den Digitalen Staat werden wir
753 zentrale digitale Dienste wie die BundID und die Deutschland-App vorantreiben.
754 Um die Digitalisierung auf Bundesebene zu beschleunigen, sollen alle IT-Budgets
755 in einem Einzelplan zentralisiert und zentral gesteuert werden. Den Digitalcheck
756 als aktives und begleitendes Instrument der Gesetzgebung entwickeln wir weiter
757 und gestalten die Digitalisierung nachhaltig.

758 Der Schlüssel zur Beschleunigung der Digitalisierung Deutschlands liegt in der
759 Überwindung der Grenzen der unterschiedlichen IT-Systeme von Unternehmen,
760 Behörden und Forschungseinrichtungen durch Interoperabilität. Nur dann können
761 Prozesse durchgängig digital ohne Handarbeit oder Medienbrüche abgewickelt
762 werden. Diese Art der Vernetzung ist zu sehr vernachlässigt worden. Wir werden
763 offene Standards fördern und bei der Entwicklung neuer Standards
764 Entwickler*innen, Zivilgesellschaft und KMU stets miteinbeziehen. Diese
765 Standards sollen gut dokumentiert und ohne Lizenzgebühren frei nutzbar sein. Wir
766 denken Interoperabilität und digitale Kooperation weiter, nämlich als eine
767 notwendige Grundlage, um die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit
768 unserer Wirtschaft zu stärken.

769 Um das große Potenzial von Datenkollaboration für Innovation und Produktivität
770 zu heben, muss die Umsetzung des Datenschutzes stark vereinfacht und weniger
771 bürokratisch werden, ohne das Datenschutzniveau zu senken. Der Staat muss mit
772 gutem Beispiel vorangehen, weswegen wir den Rechtsanspruch auf Open Data und ein
773 Transparenzgesetz vorantreiben und dadurch Datenbestände proaktiv
774 bereitstellen. Die Datenschutzgrundverordnung muss effizienter und einheitlicher
775 umgesetzt werden. Eine Reform der Datenschutzaufsicht hin zu Einheitlichkeit,
776 Verlässlichkeit und Einfachheit ist nötig, etwa durch die Bündelung von
777 Zuständigkeiten für bestimmte Sektoren oder Forschung bei einzelnen
778 Aufsichtsbehörden. Zudem stärken wir die Datenschutzkonferenz als gemeinsame
779 Koordinationsstelle der Datenschutzaufsichtsbehörden von Bund und Ländern und
780 verleihen ihr eine dauerhafte Struktur.

781 Deutschland braucht schnelles Internet in Stadt und Land. Wir werden bessere
782 Rahmenbedingungen für den Ausbau von Glasfaser und 5G-Mobilfunk setzen, indem
783 wir Genehmigungsprozesse beschleunigen, alternative Verlegemethoden erleichtern
784 und Open Access fördern. Für ländliche Gebiete und strukturschwache Regionen
785 werden wir die staatliche Gigabitförderung bedarfsorientiert erhöhen. Wir
786 stärken die Rechte von Verbraucher*innen auf schnelles Internet, indem wir die
787 Mindestbandbreite schrittweise erhöhen und es einfach machen, mangelhaftes
788 Internet nachzuweisen und einen besseren Zugang zu bekommen.

789 **Für einen Deutschlandfonds und eine Reform der** 790 **Schuldenbremse**

791 Wir werden in der Regierung entschlossen die Investitionen in tragfähige
792 Infrastrukturen nachholen, die unser Land so dringend braucht. Die schwarze Null
793 im Haushalt ist eine Hypothek für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes . Wir
794 werden deshalb einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen errichten.
795 Daraus werden wir die Schienen bauen, auf denen Züge die Menschen pünktlich an
796 ihr Ziel bringen, die Kitas, Schulen und Hochschulen sanieren, in denen gleiche
797 Chancen für alle entstehen, die Forschung finanzieren, die die Ideen und
798 Technologien für den Wohlstand von morgen begründet, und Unternehmen den Raum
799 für Investitionen in ihre Zukunft ermöglichen. Mittel aus dem Deutschlandfonds
800 werden reguläre Haushaltsmittel ergänzen.

801 Der Investitionsstau in Deutschland liegt im dreistelligen Milliardenbereich,
802 obwohl wir ein wirtschaftlich starkes Land sind. Die Schuldenbremse in ihrer
803 aktuellen Form verhindert Investitionen und andere Maßnahmen, die unsere
804 stagnierende Volkswirtschaft wieder ankurbeln. Um die notwendigen Investitionen
805 in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres Landes und in eine starke,
806 zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir die Schuldenbremse im
807 Einklang mit den europäischen Regeln reformieren. Die Aufnahme von staatlichen
808 Krediten soll dazu in dem Umfang ermöglicht werden, wie vom Staat Investitionen
809 getätigt werden. Außerdem muss die Konjunkturkomponente ausgeweitet werden, um
810 es dem Staat zu ermöglichen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten
811 handlungsfähiger zu sein. Wir schaffen damit neue finanzielle Spielräume, die
812 wir angemessen zwischen Bund und Ländern verteilen werden. Zugleich werden wir
813 sicherstellen, dass die Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt. Das raten
814 auch die führenden Wirtschaftsinstitute wie der Internationale Währungsfonds
815 (IWF), die Bundesbank oder der Sachverständigenrat der Bundesregierung. Auf
816 europäischer Ebene setzen wir uns weiterhin für gemeinsame Fiskalregeln ein, die
817 genügend Raum für nachhaltige Investitionen lassen.

818 Nachdem die Große Koalition das Land fast zwei Jahrzehnte kaputtgespart hat,
819 haben wir in der Bundesregierung die Trendwende eingeleitet. Investitionen in
820 Klima- und Umweltschutz sowie in Verkehrs-, Energie-, Bildungs- und
821 Forschungsinfrastruktur sowie in die nationale Sicherheit haben für uns
822 Priorität. Wir schlagen für investive Ausgaben eine Reform der Schuldenbremse
823 und einen Deutschland-Investitionsfonds vor. Um laufende Ausgaben zu
824 finanzieren, wollen wir Gerechtigkeitslücken in unserem Steuersystem schließen.
825 Bis zur Umsetzung einer Reform der Schuldenbremse wollen wir mit dem

826 Deutschlandfonds der jüngeren Generation ein modernes, funktionierendes und
827 klimaneutrales Land sowie eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft garantieren,
828 statt ihnen aufgeschobene Lasten und marode Infrastrukturen zu hinterlassen und
829 stärken so auch das Vertrauen in einen funktionierenden Staat und die liberale
830 Demokratie. Bürger*innen wollen wir ermöglichen, sich an diesen Investitionen
831 für den Staat kostengünstig zu beteiligen.

832 Der Deutschlandfonds hilft, die Spielräume für dringend notwendige
833 Zukunftsinvestitionen in Bund, Ländern und Kommunen zu erhöhen. Er ist aber kein
834 Ersatz für die Aufgabe, im Haushalt stärker zu priorisieren und effizienter mit
835 den vorhandenen Einnahmen umzugehen. Für eine verantwortungsvolle,
836 wirkungsorientierte Haushaltspolitik braucht es auch klar definierte und
837 messbare Ziele. Viele wichtige Anliegen wie bessere Bildung oder stärkere
838 Sicherheit erfordern auch konsumtive Ausgaben. Wir wollen den Haushalt
839 entlasten, indem wir Steuerschlupflöcher schließen und die Verwaltung durch die
840 weitere Digitalisierung verschlanken. Mit guten Rahmenbedingungen steigern wir
841 die Erwerbsquote, erhöhen die Steuereinnahmen und stärken die
842 Sozialversicherungen. Wir setzen uns für die Einführung moderner Instrumente zur
843 Haushaltssteuerung wie Gender Budgeting ein. Und wir wollen insbesondere klima-
844 und umweltschädliche Subventionen abbauen. Dabei achten wir auf eine
845 sozialverträgliche, verlässliche Umsetzung.

846 Die Verteilung der Steuern zwischen Bund, Ländern und Kommunen muss den
847 tatsächlichen Aufgaben und Investitionsbedarfen entsprechen, um gleichwertige
848 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu ermöglichen. Das aktuelle System des
849 Bund-Länder-Finanzausgleichs werden wir in seiner jetzigen Form beibehalten.

850 **C. Ein Klima, in dem wir gut leben können**

851 **Für ein stabiles und sicheres Klima**

852 Die Staatengemeinschaft hat sich mit dem Pariser Klimaabkommen darauf
853 verständigt, die Klimakrise einzudämmen. Alle großen Länder mit hohen
854 Treibhausgasemissionen haben sich auf diesen Weg gemacht – darauf kommt es an.
855 Die EU ist nach den USA und China aktuell der drittgrößte Emittent von
856 klimaschädlichen Emissionen. Es kommt also auch auf unser gemeinsames Handeln
857 an. Wir haben uns in der EU deshalb gemeinsam auf ein Ziel verpflichtet: Europa
858 soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden.

859 Mit dem europäischen Green Deal haben wir in den vergangenen drei Jahren große
860 Fortschritte auf dem Weg hin zur Klimaneutralität Europas erzielt und
861 gleichzeitig begonnen, die europäische Wirtschaft und Industrie zu
862 modernisieren. Das wirkt: Obwohl der Green Deal angegriffen wird, ist die EU auf
863 Kurs, ihre Klimaziele zu erfüllen. Jetzt braucht die Wirtschaft
864 Planungssicherheit. Wir stellen uns der Abschwächung des Greens Deals und des
865 „Fit for 55“-Pakets mit seinen Gesetzen entgegen und wollen, dass sie europaweit
866 konsequent und möglichst unbürokratisch umgesetzt werden.

867 Deutschland spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Großen Koalitionen hatten
868 hohe Klimaschutzziele beschlossen, aber keinen Plan und keine Maßnahmen
869 entwickelt, wie diese Ziele erreicht werden. Wir haben Deutschland und Europa
870 erstmals auf einen Pfad gebracht, diese Lücke zu schließen. Es hängt vom
871 entschiedenen Handeln der nächsten Bundesregierung ab, ob sie diese Chance nutzt
872 und die Ziele auch erreicht, durch konkrete Maßnahmen wie die Unterstützung für
873 den geplanten europäischen Emissionshandel für Verkehr und Gebäude und den Clean
874 Industrial Act. Dazu gehört die Umsetzung der Emissionshandelssysteme auf
875 europäischer Ebene wie geplant. So stärken wir den CO₂-Preis als einen zentralen
876 Hebel für mehr Klimaschutz in Deutschland und Europa.

877 Die dafür notwendigen Veränderungen sind anspruchsvoll und haben deshalb auch
878 viele hitzige Diskussionen, Sorgen und Ängste ausgelöst und neue Fragen
879 aufgeworfen. Es ist klar: Wir müssen noch mehr dafür tun, damit der Weg
880 verlässlich ist und alle ihn mitgehen können. Wir machen Klimaschutz einfacher
881 und bezahlbarer und lösen Umsetzungsprobleme pragmatisch. Dabei setzen wir
882 gezielt verschiedene Instrumente ein – von marktwirtschaftlichen Anreizen wie
883 dem Emissionshandel über eine gezielte Förderung für Wirtschaft und Haushalte
884 bis hin zum Ordnungsrecht.

885 Die Anstrengungen lohnen sich: Die klimaschädlichen Emissionen sinken. Erstmals
886 ist Deutschland auf einem Kurs hin zum Erreichen der eigenen Klimaziele. Es
887 kommt nun darauf an, diesen Kurs zu halten, um weiterhin Verlässlichkeit und
888 Planungssicherheit herzustellen und eine Orientierung für die klimaneutrale
889 Modernisierung unseres ganzen Kontinents zu geben.

890 Europa muss nach wissenschaftlichem Rat nun bis 2040 seine
891 Treibhausgasemissionen um mindestens 90 bis 95 Prozent gegenüber 1990
892 verringern. Dazu wollen wir den Green Deal mutig und ambitioniert weiterführen
893 und einen bedeutenden Beitrag von Deutschland als größtes Mitgliedsland mit den
894 höchsten Emissionen und einem hohen Wohlstand. Wir halten deshalb an den
895 rechtlich festgeschriebenen Zielen der Klimaneutralität 2045 und den
896 verbindlichen Zwischenzielen fest. Die Energie- und Wärmewende setzen wir fort.

897 Der Verkehrsbereich hat den größten Aufholbedarf beim Erreichen der Klimaziele.
898 Deshalb erhöhen wir die Dynamik, indem wir den Ausbau der Bahn noch weiter
899 intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen. Um den
900 Herausforderungen und der Dringlichkeit der Klimakrise zu begegnen, werden wir
901 die Rolle des Expertenrates für Klimafragen sowie die Verantwortung von Sektoren
902 im Bundes-Klimaschutzgesetz stärken, in denen Klimaschutz zu wenig vorankommt.
903 Bei prognostizierter längerfristiger Zielverfehlung soll in den jeweiligen
904 Sektoren verbindlich nachgesteuert werden, denn andernfalls drohen Deutschland
905 teure Strafzahlungen und zukünftig höhere CO₂-Preise, beides wollen wir für
906 öffentliche Haushalte und Bürger*innen vermeiden. Jedes Ministerium muss
907 deswegen unabhängig von der Gesamtbilanz der Bundesregierung geeignete Maßnahmen
908 umsetzen, die zur Einhaltung der Klimaziele führen sollen.

909

910 Auch die Umweltauswirkungen von Ernährung, insbesondere auf das Klima und die

911 Biodiversität, wollen wir berücksichtigen, zum Beispiel durch die Unterstützung
912 einer attraktiven, günstigen stärker pflanzenbasierten Ernährung.

913 **Für sozial gerechten Klimaschutz**

914 Wir gestalten den Weg zur Klimaneutralität als Weg zu einer gerechteren
915 Gesellschaft, indem wir besonders gefährdete und belastete Gruppen und Regionen
916 gezielt unterstützen und vor übermäßigen Belastungen schützen. Von einem
917 erschwinglichen und flächendeckend gut ausgebauten öffentlichen Verkehr
918 profitieren vor allem Menschen, die sich kein Auto leisten können oder möchten.
919 Elektromobilität sowie der Fuß- und Radverkehr tragen zu besserer Luftqualität
920 für alle bei. Gut gedämmte Häuser und klimaneutrale Wärme schützen die Menschen
921 vor steigenden Heizkosten.

922 Der Weg zur Klimaneutralität ist also mit vielen Vorteilen verbunden, aber er
923 bedarf auch großer Investitionen – sei es bei der Installation neuer
924 Heizungsanlagen, der Wärmedämmung, dem Einbau eines Energiespeichers oder dem
925 Wechsel zum E-Auto. Investitionen brauchen Planungssicherheit und Vertrauen,
926 gerade im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Fördermitteln. Dahin wollen wir mit
927 einer berechenbaren Haushaltspolitik zurück. Viele Menschen werden diese
928 Investitionen ohne Unterstützung nicht leisten können. Auch für Kommunen,
929 Stadtwerke und kleine Unternehmen ist die Verfügbarkeit von passgenauen
930 Förderprogrammen auf dem Weg zur Klimaneutralität entscheidend, etwa beim Kauf
931 von E-Bussen. Die Finanzierung der Investitionen zur klimaneutralen Erneuerung
932 ist eine Generationenaufgabe, die entscheidend für das langfristige menschliche
933 Leben auf diesem Planeten ist und die deshalb teilweise auch über Kreditaufnahme
934 finanziert werden sollte.

935 Wir achten besonders darauf, dass alle die notwendige Modernisierung mitgehen
936 können. Damit klimafreundliche Alternativen für alle Menschen erschwinglich
937 werden, wollen wir in Zukunft Förderprogramme weiter ausbauen und noch stärker
938 so staffeln, dass Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen deutlich höhere
939 Förderbeträge erhalten. Erste Schritte in diese Richtung haben wir bereits
940 unternommen, zum Beispiel mit den sozial ausgestalteten Förderprogrammen für die
941 Modernisierung von Heizungssystemen und bei der Sanierung von Wohnungen und
942 Häusern. Diese wollen wir fortführen. Auch den Umstieg auf die E-Mobilität
943 wollen wir für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen fördern, gerade im
944 ländlichen Raum. Dazu schlagen wir eine staatliche Unterstützung beim Erwerb
945 eines verbrauchsarmen E-Autos vor, welches zusätzlich die europäische
946 Automobilwirtschaft unterstützt. Hierzu gehört unter anderem eine Ladekarte für
947 das Tanken an öffentlichen Ladesäulen, und ein erschwingliches Leasing-Programm,
948 das sogenannte Social Leasing. Ergänzt wird dies durch eine steuerliche
949 Förderung, die Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen erreichen soll.
950 Zudem sorgen wir für kostensenkenden Wettbewerb und stärken den
951 Verbraucherschutz. Damit beenden wir überzogene Preise an Ladesäulen, sodass
952 alle günstigen erneuerbaren Ladestrom nutzen können. Wir setzen dabei auf
953 vielfältige Preismodelle, zum Beispiel auch flexible, am Börsenstrom orientierte
954 Preise.

955 Wir geben ein Sicherheitsversprechen: Die Einnahmen der CO₂-Bepreisung von
956 Gebäudewärme und Transport werden wir für sozial gerechten Klimaschutz ausgeben.
957 Einen Großteil dieser Einnahmen werden wir als sozial gestaffeltes Klimageld an
958 Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen auszahlen. Für Menschen mit
959 geringen Einkommen werden die CO₂-Kosten durch das Klimageld in den meisten
960 Fällen mehr als ausgeglichen. Dabei soll das Klimageld gleichmäßig mit den
961 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung steigen. Das Klimageld soll in der nächsten
962 Legislatur so schnell wie möglich eingeführt werden und dann direkt und ohne
963 vorherige Beantragung auf das Konto eingehen. Wir werden ein Eine-Million-
964 Balkone-Programm starten und Menschen mit geringeren Einkommen bei der
965 Anschaffung von Steckersolargeräten unterstützen.

966 Derzeit subventioniert der Staat klima- und umweltschädliches Verhalten. Das
967 werden wir schrittweise abbauen, damit internationale Zusagen umsetzen und die
968 frei werdenden finanziellen Mittel für den sozialen Ausgleich sowie für den
969 Klima- und Umweltschutz verwenden. Betroffene werden wir bei der Anpassung
970 unterstützen, auf soziale Ausgewogenheit achten und Planungssicherheit geben.
971 Dafür legen wir im Jahr 2025 einen Plan vor und setzen uns für dessen Umsetzung
972 bis 2030 ein, um unseren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Als
973 ersten Schritt werden wir das Dienstwagenprivileg so reformieren, damit es
974 Anreize für klimaneutrale Mobilität setzt und werden uns weiterhin für den Abbau
975 klimaschädlicher Subventionen im Luftverkehr einsetzen.

976 Das reichste Prozent der Weltbevölkerung inklusive der Superreichen verursacht
977 mehr als doppelt so viele Treibhausgase wie die ärmere Hälfte der
978 Weltbevölkerung. Öl- und Gaskonzerne, die maßgeblich für die weltweiten CO₂-
979 Emissionen verantwortlich sind, machen weiter gigantische Gewinne. Wir werden
980 uns dafür einsetzen, dass diese Verschmutzer einen Beitrag zum Ausgleich der
981 Kosten der Klimakrise leisten und Bürger*innen, Landwirt*innen und Unternehmen
982 nicht mit immer größeren Schäden allein dastehen. Auch in Deutschland gilt für
983 uns ganz klar das Verursacherprinzip: Die Verursacher*innen von ökologischen und
984 sozialen Schäden sollen die Kosten tragen. So müssen die langfristigen
985 Folgekosten des Kohleabbaus durch die Kohleunternehmen abgesichert werden, um
986 nicht die Allgemeinheit zu belasten.

987 Weltweit und bei uns zu Hause: Es sind die Ärmsten, die am stärksten unter den
988 Folgen einer eskalierenden Klimakrise leiden. Die Klimakrise ist ein
989 Beschleuniger von Ungleichheit, dem stellen wir uns mit sozial gerechter
990 Klimapolitik und unserem internationalen Einsatz für Klimagerechtigkeit
991 entgegen. Ausbeutung und Umweltschäden in der fossilen Lieferkette sind für uns
992 ein weiterer Grund, für saubere, erneuerbare Energie einzutreten.

993 **Für günstige, verlässliche und klimaneutrale Energie**

994 Günstiger Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne, Wasserkraft,
995 Geothermie und naturverträgliche Bioenergie sichert unseren Wohlstand. Er ist
996 auch die Grundlage für ein bezahlbares Leben, denn Wärme und Mobilität werden
997 zunehmend elektrisch. Wir halten Kurs beim erreichten Rekord-Ausbautempo und
998 bauen die Infrastruktur so aus, dass sie sicher vor Angriffen ist und der

999 günstige Strom bei Menschen und Unternehmen ankommt. Die Zukunft gehört den
1000erneuerbaren Energien – in Form von Strom, Wärme und Wasserstoff.

1001Die vergangenen Jahre sind wir auf diesem Weg einen riesigen Schritt
1002vorangekommen: 2024 kamen circa 60 Prozent unseres Stroms aus erneuerbaren
1003Quellen, 2021 waren es erst 40 Prozent. Bis 2030 wollen wir 80 Prozent
1004erreichen; 2035 wird der Strom komplett klimaneutral hergestellt.
1005Eigentümer*innen, Mieter*innen, Unternehmen und Kommunen sollen ohne große
1006bürokratische Hürden eigene Energie nutzen oder an Energieprojekten teilhaben
1007können. Dazu werden wir auch in Zukunft dezentrale Erzeuger von Solar- und
1008Windenergie sowie Speicher, Elektrolyseure durch konsequenten Bürokratieabbau,
1009Planungssicherheit und rentable Geschäftsmodelle unterstützen. Mit Energy
1010Sharing werden wir es möglich machen, günstig erzeugten erneuerbaren Strom noch
1011einfacher gemeinschaftlich und kommunal zu teilen.

1012Erneuerbare Energien liefern enorm günstig, aber nicht gleichmäßig Strom. Daher
1013müssen wir Angebot und Nachfrage optimal und möglichst dezentral aufeinander
1014abstimmen. Dies erreichen wir durch kosteneffizienten Netzausbau und bessere
1015Netznutzung, Speicher aller Arten, die effiziente Nutzung der enormen
1016Flexibilitätpotenziale von Industrie, Gewerbe, Verkehr und privaten
1017Verbraucher*innen und eine neue Generation von möglichst bald mit grünem
1018Wasserstoff betriebenen Kraftwerken sowie die Ertüchtigung der künftig vorrangig
1019mit Abfall- und Reststoffen betriebenen Biogaskraftwerke. Wir setzen uns für
1020einen leistungsfähigen europäischen Strombinnenmarkt ein und bauen die
1021Stromnetze zu unseren europäischen Nachbarn aus. Außerdem setzen wir auf die
1022konsequente Digitalisierung des Energiesektors. Mit digitalen und flexiblen
1023Stromnetzen und dynamischen Stromtarifen werden künftig die Bürger*innen in die
1024Lage versetzt, in Zeiten von viel Wind und Sonne den Strom per Batterie oder
1025Wärmepumpe systemdienlich zu speichern oder das E-Auto laden zu lassen. Damit
1026kann jede und jeder Geld sparen und von den Vorteilen der erneuerbaren Stromwelt
1027direkt profitieren. Zugleich sinken die Kosten im Gesamtsystem.

1028Notwendig sind dazu auch neue Regeln, wie unser Strommarkt funktioniert.
1029Langfristige Sicherheit für Investitionen in Kraftwerke, zum Beispiel im Rahmen
1030von Kapazitätsmärkten, müssen mit intelligenten kurzfristigen Anreizen zum
1031effizienten Stromverbrauch einhergehen. Dazu prüfen wir Modelle regionaler
1032Energienmärkte. Die Verteilnetze richten wir technisch und regulatorisch auf die
1033effiziente und effektive Integration der Erneuerbaren Energien in regionale
1034Wärme- und Mobilitätsmärkte aus. Wir sorgen dafür, dass die Netzentgelte im
1035Rahmen bleiben und fair getragen werden. Damit ermöglichen wir einen zunehmend
1036sich selbst tragenden Ausbau von Sonne, Wind und Speichern sowie sonstiger
1037Infrastruktur und entlasten Strompreise und Bundeshaushalt.

1038Gerade weil der Umbau zum klimaneutralen Stromsystem hohe Investitionen
1039erfordert, achten wir besonders auf die Kosten. Wir senken die
1040Finanzierungskosten durch langfristig sichere Rahmenbedingungen, Garantien und
1041intelligente Regulierung sowie durch höhere Netzauslastung und weitere Nutzung
1042der Spitzenlastkappung. Wir werden prüfen, ob und unter welchen Bedingungen eine
1043Umstellung von neu zu planenden Hochspannungsgleichstromleitungen zu einfacheren

1044 Freileitungen verzögerungsfrei und kostendämpfend möglich ist und darüber
1045 möglichst im gesellschaftlichen Konsens entscheiden. Die Erdverkabelung werden
1046 wir bei besonderen örtlichen Erfordernissen nutzen, wobei wir besonders auf eine
1047 transparente und nachhaltige Planung achten. Mit der Gas- und Strompreisbremse
1048 haben wir die Energiepreise für Millionen Menschen bezahlbarer gemacht. Auch in
1049 Zukunft wollen wir diesen Weg weitergehen und bezahlbare Energie sicherstellen.
1050 Weiterhin achten wir bei den dazugehörigen technischen Anlagen auf eine
1051 transparente, naturverträgliche und nachhaltige Planung und nutzen die kommunale
1052 Expertise.

1053

1054 Wir setzen zugleich den Weg fort, die Kosten nicht umzulegen, sondern anders zu
1055 finanzieren und Strom damit für Verbraucher*innen und Unternehmen billiger zu
1056 machen. Die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wurde für die
1057 Verbraucher*innen bereits abgeschafft und wird nun vollständig aus dem Haushalt
1058 finanziert. Im nächsten Schritt senken wir die Stromsteuer auf das europäische
1059 Mindestmaß. Zudem reformieren wir die Finanzierung des Netzausbaus, um die
1060 Netzentgelte zu senken.

1061 Fossile Energie ist ein Auslaufmodell. In diesem Sinne werden wir uns auch auf
1062 EU-Ebene einsetzen. Gerade damit die Kohleregionen Planungssicherheit haben und
1063 der Strukturwandel geordnet unterstützt werden kann, halten wir daran fest, alle
1064 verbliebenen Kohlekraftwerke ab 2030 nicht mehr zu befeuern und mit dem
1065 Kohleausstieg die Kohleförderung in Deutschland einzustellen.

1066

1067 Auch die Nutzung von fossilem Gas werden wir schrittweise reduzieren und so
1068 schnell wie möglich, spätestens bis 2045, um die Klimaziele sicher einzuhalten.
1069 Im Stromsektor werden wir uns in spätestens zehn Jahren vollständig erneuerbar
1070 versorgen. Wir werden einen Plan für eine Gasunabhängigkeitsstrategie vorlegen,
1071 der Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie
1072 berücksichtigt. Neue Langfristverträge für den Gasimport sind nicht mit unseren
1073 Klimazielen und auch nicht mit einer europäischen Gas-Unabhängigkeitsstrategie
1074 vereinbar. Denn anstatt uns mit umwelt- und klimaschädlichem Fracking-Gas
1075 erpressen zu lassen, beschleunigen wir die anlaufende Reduktion des europäischen
1076 Gasverbrauchs sowie den Umstieg auf grünen Wasserstoff und andere erneuerbare
1077 Energiequellen. Dementsprechend werden wir in Abstimmung mit unseren
1078 europäischen Partnern unsere LNG-Infrastruktur kontinuierlich auf Notwendigkeit
1079 überprüfen und Lock-In-Effekte von Gas-Infrastruktur vermeiden.

1080 Wir stehen für eine endgültige Absage an die umweltzerstörende Gewinnung von
1081 Erdöl und Erdgas in ganz Deutschland und möglichst bald auch weltweit – an Land
1082 wie auf dem Meer. Neue Gas- und Ölförderprojekte sollen nicht mehr genehmigt
1083 werden. Die Emissionen in der Vorkette werden wir berücksichtigen.

1084 Eine Rückkehr zur Hochrisikotechnologie Atomkraft ist weder für das Erreichen
1085 der Klimaziele noch für die Versorgungssicherheit notwendig und für uns aufgrund
1086 der ungeklärten Endlagerfrage, der Kosten und der Gefahr der Verbreitung von
1087 atomwaffenfähigen Material keine Option. Der lange geplante und
1088 parteiübergreifend beschlossene Atomausstieg hat unser Land sicherer gemacht. Um

1089 ihn zu vollenden, müssen auch Brennelementefertigung und Urananreicherung in
1090 Deutschland beendet werden. Die von der russischen Firma Rosatom geplante
1091 Beteiligung in Lingen bedeutet ein zusätzliches Sicherheitsrisiko. Wir haben uns
1092 immer für eine Ausweitung der europäischen Sanktionen eingesetzt, auch um das
1093 Spionage- und Sabotage-Risiko zu verringern. Die Standortsuche für ein Endlager
1094 mit bestmöglicher Sicherheit, so zügig wie möglich und in einem partizipativen
1095 Verfahren bleibt eine Herausforderung, der sich das ganze Land stellen muss. Auf
1096 dem langen Weg dorthin müssen die Zwischenlager sicher betrieben werden können.

1097 **Für verlässliche und bezahlbare Wärme**

1098 Der Einstieg in eine verlässliche und klimaneutrale Wärmeversorgung ist
1099 jahrzehntelang verschlafen worden. Wir haben die Weichen neu gestellt. In den
1100 nächsten Jahren wollen wir gemeinsam mit den Kommunen den Weg dafür ebnen, allen
1101 Menschen den schrittweisen Umstieg auf klimaneutrales und bezahlbares Heizen zu
1102 ermöglichen. Der Wärmesektor ist besonders geeignet, durch die Kombination von
1103 Wärmepumpen, Solarthermie, Abwärmenutzung, Wärmespeichern und
1104 Energieeffizienzmaßnahmen die wechselnde Verfügbarkeit von Solar- und
1105 Windenergie auszugleichen und so die Energiekosten für alle zu senken. Mit einer
1106 Weiterentwicklung des Instrumentenmixes aus Förderung, Beratung und Standards
1107 bringen wir den Wärmesektor auf den notwendigen Pfad der Klimaneutralität.

1108 Wir geben mit dem Gebäudeenergiegesetz und einer Förderung von bis zu 70 Prozent
1109 für den Einbau von fossilfreien Heizungen den Eigenheimbesitzer*innen, der
1110 Wirtschaft sowie den Mieter*innen und Vermieter*innen die nötige
1111 Planungssicherheit für Kauf und Einbau einer modernen klimafreundlichen Heizung,
1112 wie der Wärmepumpe, bis 2045. Die Unterstützung auf diesem Weg werden wir
1113 ausbauen. Wir wollen Stadtwerke und Firmen unterstützen, um Wärme-Contracting,
1114 etwa mit Wärmepumpen, anzubieten. Damit entfällt für Eigentümer*innen die hohe
1115 Startinvestition. Dabei sichern wir die Rechte der Verbraucher*innen in hohem
1116 Maße. Ebenso ausbauen werden wir die Energieberatung, deren Qualität und
1117 Unabhängigkeit wir sichern. Zudem wollen wir die Klimakomponente im Wohngeld
1118 weiter stärken.

1119 Wärmenetze sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu klimafreundlicher und
1120 bezahlbarer Wärme für alle. Vor allem in dicht besiedelten Gebieten und als Teil
1121 integrierter Energiesysteme in ländlichen Gemeinden an geeigneten Standorten
1122 können sie dazu beitragen, viele Häuser gleichzeitig mit klimafreundlicher Wärme
1123 zu versorgen. Den Aus- und Umbau von Wärmenetzen hin zu erneuerbarer Wärme
1124 wollen wir mit der Verlängerung und Stärkung der Förderung für effiziente
1125 Wärmenetze (BEW) absichern, Genehmigungsprozesse optimieren und durch eine
1126 Senkung der Stromkosten auch die Bereitstellung von klimafreundlicher Wärme bei
1127 den Energieversorgern vor Ort stärken.

1128 Ein gleichzeitig starker Verbraucherschutz ist dafür Voraussetzung. Durch die
1129 kurzfristige Einführung einer Preisaufsicht und langfristig einer
1130 Preisregulierung wollen wir den Verbraucherschutz bei der Fernwärme, die vor
1131 allem von Mietshaushalten bezogen wird, weiter stärken. Außerdem werden wir
1132 privates Kapital für den Ausbau der Wärmenetze aktivieren und die

1133 Finanzierungskosten durch öffentliche Bürgschaften senken. Um die Wärmewende in
1134 Bürgerhand voranzubringen, wollen wir die Gründung von Wärmenetzgenossenschaften
1135 fördern, in denen Bürger*innen die Wärmeversorgung gemeinschaftlich finanzieren
1136 und gestalten. In der Nutzung von Wasserstoff für die Wärmeversorgung sehen wir
1137 keine Perspektive. Zudem unterstützen wir Prozesse zur Erleichterung des
1138 Drittanbieterzugangs in der Fernwärme, um Investitionen zu erleichtern und die
1139 Dekarbonisierung voranzutreiben.

1140 Die Wärmewende kann sich auf eine Vielzahl von Technologien stützen.
1141 Entscheidend ist für uns jedoch, dass sich Verbraucher*innen auf
1142 Klimafreundlichkeit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit verlassen können und sie
1143 nicht mit falschen Versprechen in Heiztechnologien investieren, mit denen sie
1144 einige Jahre später in der Kostenfalle landen. Auch eine großindustrielle
1145 Holzverbrennung in bestehenden und neuen Kraftwerken ist keine klimaverträgliche
1146 Alternative. Daher setzen wir uns dafür ein, dass bei Holzverbrennung
1147 emittiertes CO₂ im Zertifikatehandel voll angerechnet wird.

1148 **Für vorsorgende Anpassungen an ein verändertes Klima**

1149 Dürren und Hitzeperioden, Waldbrände, Überschwemmungen und Starkregen kosten
1150 Menschenleben, zerstören Wohnhäuser, Straßen und Brücken, schädigen die
1151 Landwirtschaft und unsere Lebensmittelerzeugung. Indem wir unser Wirtschaften
1152 und Leben klimaneutral gestalten, bekämpfen wir ihre Ursachen. Aber im Angesicht
1153 der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise müssen wir weitaus stärker
1154 Vorsorge leisten. Wie groß die Schäden durch die Klimakrise sind, hängt auch
1155 davon ab, wie gut wir uns darauf vorbereitet haben. Die Anpassung an die
1156 Klimakrise ist deshalb eine gesellschaftliche, ökonomische und soziale
1157 Kernaufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Im Mittelpunkt stehen dabei für
1158 uns die Menschen, die wir mit Blick auf die eigene Selbstschutzzfähigkeit
1159 unterstützen wollen.

1160 Mit dem Klimaanpassungsgesetz haben wir Bund, Länder und Kommunen in Deutschland
1161 verpflichtet, diese Aufgabe anzugehen. Die Kommunen tragen die Hauptlast der
1162 Anpassungen – auch über ihre sozialen Dienstleister, freien Träger und
1163 gemeinnützige Organisationen – die uns als gesamte Gesellschaft betreffen.
1164 Deshalb wollen wir Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von Bund
1165 und Ländern machen und gemeinsam finanzieren. Förderprogramme wie das
1166 Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wollen wir weiter stärken und mehr
1167 Mittel für Investitionen für Vorhaben sowie Personal für Klimaschutz und -
1168 anpassung in den Kommunen unterstützen. Unser Einsatz gegen die Klimakrise hat
1169 dabei Vorrang, da Klimaanpassung allein die Schäden der Klimakrise nicht
1170 kompensiert.

1171 Die vernichtende Ahrtalflut 2021 oder die zerstörerischen Fluten in Osteuropa
1172 2024 führen uns vor Augen, wie verletzlich unsere Gesellschaft besonders
1173 angesichts von Hochwasserkatastrophen ist. Deshalb werden wir den
1174 Hochwasserschutz zusammen mit den Ländern verbessern. Insbesondere brauchen wir
1175 Investitionen in natürliche Überschwemmungsräume wie Auenwälder oder
1176 Erlenbrüche. Flüsse und ihre natürlichen Auen werden wir im Interesse des

1177Hochwasserschutzes stärken und ihnen, wo immer möglich, durch Renaturierungen
1178mehr Raum geben. Wir brauchen aber auch Hochwasserschutzanlagen wie starke
1179Deiche, funktionierende Rückhaltesysteme und einen gut ausgestatteten
1180Katastrophenschutz. Hochwasserschutzmaßnahmen wollen wir prioritär und
1181beschleunigt umsetzen. Der Katastrophenschutz muss vorausschauender agieren und
1182dafür Prognosen wie etwa zu Extremwetterereignissen stärker ins Krisenmanagement
1183integrieren können. Den Versicherungsschutz gegen Elementarschäden werden wir
1184sozialverträglich ausweiten.

1185Besonders die Menschen in dicht bebauten Städten müssen besser vor Hitzewellen
1186und Starkregen geschützt werden. Dafür sorgen wir mit mehr Bodenentsiegelung,
1187Frischluftschneisen, Gebäudebegrünung, Stadtgrün und öffentlichen Trinkbrunnen.
1188Als Schwammstädte sollen sie künftig mehr Wasser aufnehmen, speichern und im
1189Sommer kühlend wirken. So werden diese Städte in die Lage versetzt, große
1190Wassermengen besser zu nutzen, etwa für die Bewässerung von Grünanlagen. Den
1191Austausch und die Vernetzung der Städte und Landkreise wollen wir gezielt
1192fördern, um Strategien zur Klimaanpassung schneller auszubauen.

1193 **D. Eine mobile Gesellschaft – Stadt und Land** 1194 **zusammen**

1195 **Für nachhaltiges, sicheres und zügiges Fortkommen**

1196Schienen, Straßen und Brücken sind Lebensadern unseres Landes, doch sie wurden
1197über Jahrzehnte auf Verschleiß gefahren. Die Folgen spüren wir alle in unserem
1198Alltag: verspätete Züge, Umwege und Staus. Das ist ein Schaden für Menschen,
1199Wirtschaft und Umwelt. Denn Mobilität ist auch ein Schlüssel zur sozialen
1200Teilhabe. Zugleich ist unser Verkehrssystem noch immer sehr weit davon entfernt,
1201seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele zu leisten. Der Verkehrssektor muss
1202endlich auf seinen Pfad entsprechend der Klimaziele zurückkehren. Dafür werden
1203wir sorgen, da wir die Ideen und Konzepte dafür haben. Das ändern wir durch ein
1204zuverlässiges Angebot an Bussen und Bahnen und mit dem klaren Signal hin zur
1205klimafreundlichen E-Mobilität.

1206Wir wollen die Mobilität für alle verbessern. Wir brauchen eine Grundsanierung
1207unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren haben wir
1208stark beschleunigt. Jetzt gilt es, mit dem Deutschlandfonds eine ausreichende
1209und überjährige Finanzierungsgrundlage für den Erhalt von Straßen und Brücken,
1210für den Ausbau unserer Schieneninfrastruktur sowie unseres öffentlichen
1211Nahverkehrs zu schaffen. Hierfür benötigen wir langfristig neue
1212Finanzierungsmodelle, die gleichzeitig verkehrsverlagernde und ökologische
1213Wirkungen beinhalten. Damit wollen wir die Finanzierung unserer Infrastruktur
1214auf eine sichere und langfristige Basis stellen. Durch erhebliche Investitionen
1215in umfassende Barrierefreiheit, sichere Haltestellen und attraktive
1216Mobilitätsangebote stellen wir sicher, dass klimafreundliche Mobilität für alle
1217zugänglich ist und der Verkehrssektor seine Klimaziele erfüllen kann.

1218 Während unser Schienennetz deutschlandweit einen leistungsfähigen Ausbau
1219 braucht, ist das Straßennetz bereits flächendeckend gut ausgebaut und benötigt
1220 daher Sanierungen statt Neubau. Dazu wollen wir einen integrierten
1221 Bundesmobilitätsplan erarbeiten, der Basis für eine klimaneutrale,
1222 flächenschonende und sozial gerechte Mobilität bis 2045 ist. Bis der
1223 Bundesmobilitätsplan beschlossen ist, werden wir den Bundesverkehrswegeplan
1224 unter Berücksichtigung der Klimaziele kritisch überprüfen. Verkehrswege wollen
1225 wir erhalten und sanieren, das Schienennetz spürbar ausbauen und stärker
1226 elektrifizieren, stillgelegte Bahntrassen – gerade in den ländlichen Räumen –
1227 reaktivieren und modernisieren sowie bundesweit den Ausbau eines guten
1228 Radwegenetzes dauerhaft und verlässlich finanzieren.

1229 Die Antriebswende braucht es auch bei den Lastwagen. Mit der Reform der Lkw-Maut
1230 haben wir klare Anreize für die Umstellung auf elektrische und andere
1231 klimaneutrale Antriebe gesetzt. Um den Luft- und Schiffsverkehr klimaneutral zu
1232 modernisieren, unterstützen wir die Produktion nachhaltiger Kraftstoffe aus
1233 erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Kerosin, fördern Technologien zur
1234 Kraftstoffeinsparung und den schnellen Aufbau einer klimaneutralen
1235 Energieversorgung in Häfen, insbesondere einer klimaneutralen
1236 Landstromversorgung. Die nachhaltige Entwicklung unserer Häfen untermauern wir
1237 mit einem langfristigen Finanzierungskonzept.

1238 Der Staat kann als Ankerkunde einen Beitrag zum Hochlauf klimafreundlicher
1239 Kraftstoffe in der Schiff- und Luftfahrt spielen. Ein wichtiger Grundsatz ist
1240 jedoch: Klimafreundliche Mobilität muss günstig sein und Tickets im
1241 Schienenverkehr bezahlbar. Kurzstreckenflüge wollen wir durch eine Verbesserung
1242 der Bahn überflüssig machen. Die Privilegien für Privatjets wollen wir
1243 abschaffen und diese enorm klimaschädliche Fortbewegungsart reduzieren. Für die
1244 Schaffung neuer Start- und Landekapazitäten im Flugverkehr sehen wir nicht nur
1245 aus ökologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen keinen Bedarf. Den
1246 Lärmschutz für die Bevölkerung um Flughäfen wollen wir deutlich stärken, gerade
1247 in den Nachtstunden. Für den Gesundheitsschutz schaffen wir einen Grenzwert für
1248 Ultrafeinstaub.

1249 Wir wollen, dass alle in Stadt und Land günstig, sicher und klimafreundlich
1250 unterwegs sein können. Mobil auf dem Land setzt vielerorts noch immer ein
1251 eigenes Auto voraus. Wir wollen echte Wahlfreiheit und darum den öffentlichen
1252 Verkehr so entwickeln, dass er auch auf dem Land eine
1253 alltagstaugliche Alternative zum Auto wird. Rufbusse und andere Konzepte wie
1254 digital vernetzte Kleinbusse und Carsharing-Angebote können den Taktverkehr in
1255 der Fläche ergänzen. Einige Kommunen und Landkreise bieten solche flexiblen
1256 Konzepte bereits an. Wir möchten solche Konzepte stärken und als Modellprojekte
1257 in möglichst vielen unterschiedlichen Regionen Deutschlands verwirklichen.

1258 Mit einem Mobilitätsgesetz wollen wir die Mobilitätswende rechtlich verankern.
1259 Statt eines Verkehrsmittels stellen wir den Menschen mit seinen vielfältigen
1260 Bedürfnissen in den Mittelpunkt. Mit der Priorisierung des öffentlichen
1261 Personennahverkehrs, des Schienen-, Fuß- und Radverkehrs wird Deutschland zu
1262 einem Vorreiterland der modernen Mobilität. Wir bringen das Verkehrsrecht auf

1263 die Höhe der Zeit, um allen Menschen in Stadt und Land barrierefreie Mobilität,
1264 etwa mit E-Kleinfahrzeugen, zu ermöglichen. Weniger Stau und Luftverschmutzung,
1265 mehr Barrierefreiheit und Verkehrssicherheit sind dabei unsere Ziele.

1266 Wir wollen, dass ein funktionierendes Miteinander im Verkehr gelingt und alle
1267 sicher an ihr Ziel kommen. Das ist nur erreichbar, wenn überhöhte
1268 Geschwindigkeiten reduziert werden. In der Regierung haben wir mit der Reform
1269 des Straßenverkehrsrechts für Kommunen in einem ersten Schritt die Chance
1270 geschaffen, leichter Tempo-30-Strecken einzurichten, den Fuß- und Radverkehr zu
1271 stärken sowie verkehrsberuhigte und lebenswerte Quartiere zu schaffen. In einem
1272 nächsten Schritt wollen wir unseren Kommunen noch mehr Spielräume einräumen,
1273 etwa um flächendeckend innerorts Tempo 30 zu ermöglichen. Als einziges Land
1274 weltweit erlaubt Deutschland das unbegrenzte Rasen auf Autobahnen – zum Schaden
1275 von Menschenleben und Umwelt. Ein Sicherheitstempo von 130 km/h auf Autobahnen
1276 als generelles Tempolimit ist deshalb überfällig. Für Landstraßen wollen wir die
1277 Spielräume für Tempo 80 aus ortsspezifischen Gründen deutlich erweitern, um die
1278 Verkehrssicherheit zu erhöhen. Den Bußgeldkatalog für schwere Verkehrsverstöße
1279 wollen wir auf europäisches Niveau bringen.

1280 Um Verkehrsräume zu Stadträumen mit Aufenthaltsqualität zu entwickeln, werden
1281 wir öffentliche Räume attraktiver gestalten, Barrierefreiheit ausweiten und die
1282 Verkehrssicherheit insbesondere von Schulwegen erhöhen. Wir wollen den
1283 Stadtbau stärker fördern und veraltete Regelwerke erneuern, etwa um Ausnahmen
1284 bei der Barrierefreiheit im Nahverkehr zu beenden. Unser Leitbild dabei ist die
1285 Vision Zero, also eine komplette Vermeidung von Verkehrstoten.

1286
1287 Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -beruhigung sind für uns wichtige Faktoren,
1288 um lebenswerte Städte und Gemeinden zu schaffen. Deshalb setzen wir auf
1289 angepasste klimafreundliche Konzepte, die unnötige Pendelfahrten vermeiden wie
1290 mehr Coworking, gerade auch in ländlichen Regionen. Zudem setzen wir auf bessere
1291 Nahmobilität wie sichere Schulwege und Radwege. Auch passgenaue
1292 Nahverkehrskonzepte wie Stadtbahnen oder klimaverträgliche Fährkonzepte werden
1293 wir unterstützen.

1294 **Für eine verlässliche und bezahlbare Bahn**

1295 Mit dem Deutschlandticket haben wir den Tarifdschungel im öffentlichen
1296 Personennahverkehr (ÖPNV) gelichtet, Millionen von Kund*innen entlastet und ein
1297 attraktives Angebot entwickelt: Bus und Bahn im Nahverkehr sind heute so günstig
1298 wie nie zuvor. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und das
1299 Deutschlandticket weiter zu einem günstigen Preis für alle anbieten. Unser Ziel
1300 ist, gemeinsam mit den Ländern einen Ticketpreis von 49 Euro sicherzustellen.
1301 Insbesondere bei Jobtickets sehen wir noch Potenziale. Darüber hinaus begrüßen
1302 wir es, wenn Länder und Tarifverbände Regelungen treffen, um junge Menschen
1303 kostenlos oder stark vergünstigt den ÖPNV nutzen zu lassen. Neben dem
1304 Deutschland-Semesterticket wollen wir auch Lösungen für Auszubildende und
1305 Freiwilligendienstleistende finden, zudem ein bundesweit vergünstigtes Angebot

1306 für Menschen mit geringem Einkommen. Solche passgenauen Angebote, entkoppelt vom
1307 Normalpreis, wollen wir bundesweit ausbauen.

1308 Wir werden das Nahverkehrsangebot in Deutschland weiter verbessern, um die
1309 Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen bis 2040 zu verdoppeln.
1310 Bundesmittel wollen wir zusammen mit höheren Ausgaben der Länder für den
1311 Nahverkehr weiter steigern. Die Regionalisierungsmittel wollen wir so erhöhen,
1312 dass Kostensteigerungen und ein an den Fahrgastzielen orientierter
1313 Angebotsausbau gleichermaßen berücksichtigt werden. Auch wollen wir die Länder,
1314 Kommunen und Verbände dabei unterstützen, fahrscheinlosen Nahverkehr anzubieten
1315 und neue Finanzierungsquellen wie eine Beitragsfinanzierung zu erschließen.

1316 Der öffentliche Nahverkehr soll mittelfristig im ganzen Land ein
1317 alltagstaugliches Angebot mit verlässlichen Taktverkehren garantieren, mit
1318 Schwerpunkt auf die gute Anbindung von Schulen, Ausbildungstätten und
1319 Freizeiteinrichtungen. Damit man einfach überall vorankommt, wollen wir uns für
1320 einen einfachen, anbieterübergreifenden Ticketkauf über Verkehrs- und
1321 Tarifverbände hinweg einsetzen. Unser mittelfristiges Ziel ist eine
1322 Mobilitätsgarantie, die alle Dörfer vom frühen Morgen bis in die späten
1323 Abendstunden mindestens einmal pro Stunde anbindet. In ländlichen Regionen
1324 wollen wir Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen aufwerten, an denen regional
1325 zugeschnittene Lösungen für vernetzte Mobilität angeboten werden. Zudem wollen
1326 wir Busse und Bahnen zu Orten machen, in denen sich Fahrgäste wohlfühlen. Neben
1327 der Sauberkeit gehört dazu für uns auch die Sicherheit vor Übergriffen,
1328 insbesondere gegenüber Frauen.

1329 Deutschland soll ein Bahnland werden, in dem man seine Wege preiswert,
1330 barrierefrei und bequem zurücklegen kann. Hier bleibt viel zu tun, aber der
1331 Anfang ist gemacht: Immer mehr Menschen fahren Bahn, Takte werden verbessert und
1332 neue Züge eingesetzt. Unser Ziel ist die beschleunigte Umsetzung des
1333 Deutschlandtaktes, der Städte und ländliche Regionen regelmäßig und verlässlich
1334 miteinander verbindet. Auch europäische Nachtzugverbindungen als komfortable und
1335 leicht buchbare Angebote wollen wir deutlich ausbauen. Wir setzen uns zudem für
1336 günstige, verlässliche und planbare Trassenpreise ein. Das Schienennetz, das wir
1337 marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im
1338 erforderlichen Maß ausbauen. Auch für den Schienengüterverkehr wollen wir
1339 Kapazitäten, zum Beispiel im Kombiverkehr, ausbauen und die Verlagerung von
1340 Straßentransport auf die Schiene fördern. Unser Ziel ist, den Anteil der Schiene
1341 am Güterverkehr innerhalb eines Jahrzehnts auf 30 Prozent zu steigern.

1342

1343 Für unsere Ausbauziele im Schienenverkehr und im öffentlichen Nahverkehr, ganz
1344 gleich ob in S-Bahn, Regionalbus, der Stadtbahn oder auf klimaneutralen Fähren,
1345 sind gute Beschäftigungsbedingungen ein wesentlicher Faktor. Wir wollen dafür
1346 sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Nah- und Fernverkehr
1347 verbessert werden. Dazu gehört, dass wir uns für eine gute Entlohnung ihrer
1348 Arbeit, ob am Tag oder in der Nacht, einsetzen.

1349 **Für gleichwertige Lebensverhältnisse**

1350 In den ländlichen Regionen liegt viel Kraft. Hier gibt es von weltmarktführenden
1351 Unternehmen über fruchtbare Böden bis zu einzigartigen Naturschätzen vieles, was
1352 unser Land prägt. Die vielfältigen Landschaften und Siedlungen, die regionalen
1353 Kulturen und lokalen Traditionen gilt es zu schützen und die Gleichwertigkeit
1354 der Lebensverhältnisse zu verbessern.

1355 Damit sich Eigeninitiative, Unternehmergeist und Tatkraft voll entfalten können,
1356 braucht es eine zeitgemäße Infrastruktur in jedem Dorf, im ganzen Land. Mit
1357 erneuerbaren Energien und Klimaschutz lassen sich vor Ort schwarze Zahlen
1358 schreiben. Die Kommunen verdienen an der Energieerzeugung vor Ort aus Wind und
1359 Sonne mit und gewinnen damit eigene finanzielle Spielräume. Sie entscheiden
1360 selbst, ob das Schwimmbad saniert oder das Gemeindezentrum erweitert wird. Durch
1361 Umbau und Sanierung können leerstehende Dorfkerne wieder lebendig werden. Eine
1362 digitale Infrastruktur auf der Höhe der Zeit ist unverzichtbar für
1363 wirtschaftliche Innovation und Homeoffice – genauso wie für gesellschaftliche
1364 Teilhabe. Und das heißt: Glasfaser in Stadt und Land und Mobilfunk ohne
1365 Funklöcher. Mit digitalen Standards können regionale Wirtschaftskreisläufe
1366 verbunden und gestärkt werden.

1367 Jede und jeder muss sich überall in unserem Land auf eine gute und erreichbare
1368 gesundheitliche Versorgung verlassen können. Kommunale Gesundheitszentren, in
1369 denen Ärzt*innen, Pflegekräfte und Therapeut*innen unter einem Dach arbeiten,
1370 können in vielen Regionen das Angebot verstärken. Lebendige Ortskerne und offene
1371 Gemeindezentren sind oft die Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement und
1372 Stärkung des Zusammenlebens. Lebendige Regionen entstehen durch passende
1373 Rahmenbedingungen für das Zusammenleben und gute Infrastruktur – auch für junge
1374 Familien und ältere Menschen. Sie wollen wir unterstützen und fördern.

1375 **E. Eine Natur, die wir schützen**

1376 **Für eine intakte Natur**

1377 Indem wir die Natur wiederherstellen und schützen, schützen wir uns selbst:
1378 heute und in Zukunft. Wir schützen die Natur zudem um ihrer selbst willen. Damit
1379 schaffen wir die Grundlage für gute Lebensqualität und stärken die Demokratie
1380 mit einer resilienten Gemeinschaftsstruktur. Der Schutz von Klima und Natur
1381 sollen daher im Grundgesetz verankert werden. Eine intakte Natur ist
1382 mitentscheidend, Klimaneutralität zu erreichen. Naturnahe Wälder, Moore und Auen
1383 binden billig und effizient CO₂ aus der Luft. Mit dem Aktionsprogramm
1384 Natürlicher Klimaschutz sind wir diese Aufgabe kraftvoll angegangen und haben
1385 die Naturschutzfinanzierung in Deutschland vervielfacht. Das wollen wir
1386 verstetigen, erweitern und inhaltlich fortentwickeln und damit die Mittel für
1387 den natürlichen Klimaschutz über 2028 hinaus anwachsen lassen.

1388 Unser Anspruch ist es, dass internationale Vereinbarungen und im europäischen
1389 Recht im Naturschutz konsequent eingehalten und umgesetzt werden. Europäisch ist
1390 ein Meilenstein gelungen: ein Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Um das

1391unter Einbeziehung einer naturverträglichen Nutzung schnellstmöglich umzusetzen,
1392werden wir Flächen für die Wiederherstellung von Natur gesetzlich garantiert zur
1393Verfügung stellen, denn auch ökosystembasierter Natur- und Artenschutz liegt in
1394einem überragenden gesellschaftlichen Interesse.

1395Dazu wollen wir einen Schub für den Naturschutz: wirksame Maßnahmen gegen
1396weiteren Flächenverbrauch, unbürokratische und schnellere Ausweisung von
1397Naturschutzgebieten und die Übertragung von weiteren geeigneten Flächen ins
1398Nationale Naturerbe sowie zusammenhängende Biotopverbünde und Großschutzgebiete
1399nach dem Vorbild des ostdeutschen Großschutzgebietsprogramms während der
1400Friedlichen Revolution.

1401Frei fließende Flüsse, naturnahe Wälder und Auen, Moore und extensiv genutzte
1402Agrarlandschaft sowie wilde Weiden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein und
1403müssen – wo immer möglich – erhalten bleiben oder wiederhergestellt werden. Den
1404unnatürlichen und unwirtschaftlichen Ausbau der Flüsse, wie er zum Beispiel an
1405der Mittelelbe oder an der Grenzoder geplant ist, lehnen wir ab und wollen die
1406rechtlichen Grundlagen der grenzüberschreitenden Flusspolitik gemeinsam mit
1407unseren Nachbarländern naturgerecht ausrichten. Wir gestalten die Energiewende
1408naturschutzverträglich und lösen unvermeidbare Zielkonflikte zwischen
1409erneuerbaren Energien sowie Natur- und Artenschutz auf der Grundlage neu
1410gewonnener Erkenntnisse und steuern dort, wo es notwendig ist, unter Einbindung
1411des Fachverständes von Wissenschaft, Naturschutz und Planer*innen nach.

1412Unsere Verantwortung für besonders typische Lebensräume wie das Wattenmeer,
1413Buchenwälder und Streuobstbestände sowie für besonders bedrohte Arten wie den
1414Luchs oder Feuersalamander werden wir durch Artenhilfsprogramme und besondere
1415Schutzmaßnahmen wahrnehmen. Den Bundesnaturschutzfonds werden wir weiter stärken
1416sowie digitale Tools für Biodiversitätsforschung und -schutz vorantreiben.

1417Um dies alles umzusetzen, braucht es mehr Unterstützung für die
1418Zivilgesellschaft, insbesondere in ländlichen Räumen. Denn der Erfolg des
1419Aktionsprogramms zeigt: Die Menschen, die Kommunen und viele Unternehmen wollen
1420mehr Natur – es sind die Engagierten und Organisationen vor Ort, die sehr oft
1421der Motor des Natur- und Artenschutzes sind. Deshalb braucht es für einen
1422funktionierenden Umwelt- und Naturschutz ein starkes Verbandsklagerecht.

1423Die Staatengemeinschaft hat vor zwei Jahren in Montreal eine globale
1424Vereinbarung für den Schutz der Natur und Artenvielfalt mit ambitionierten
1425Zielen beschlossen – das ist auch für uns ein klarer Auftrag, für den Erhalt und
1426die Wiederherstellung intakter Ökosysteme zu arbeiten. Wir setzen uns für eine
1427schnelle Umsetzung des vereinbarten Ziels von 30% effektivem Schutz der Land-
1428und Meeresfläche bis 2030 ein. Mit einer verbindlichen Nationalen
1429Biodiversitätsstrategie und einem Biodiversitätsgesetz und einem
1430Biodiversitätsgesetz werden wir diese Ziele national umsetzen. Bei
1431unvermeidbaren Eingriffen setzen wir dabei weiterhin auf den Vorrang des
1432Ausgleichs in Form von konkreten Naturschutzprojekten in der Fläche.

1433Wir können nur das schützen und schätzen, was wir kennen. Umweltbildung ist
1434lebenslanges Lernen und findet durch eigene Erfahrungen und Erlebnisse in der

1435 Natur, Bildung an Lernorten, in Kita, Schule und zu Hause statt. Das wollen wir
1436 fördern.

1437 Unsere Kulturlandschaft ist Lebensraum vieler gefährdeter Arten – wir wollen
1438 Landnutzung und Naturschutz in Einklang bringen. Dort wo Artenschutz wirkt,
1439 treten bei wenigen Tierarten auch Konflikte auf. Wir schaffen die Balance
1440 zwischen pragmatischen Lösungen vor Ort wie zum Beispiel schnelleren und
1441 unkomplizierteren Abschüssen von Wölfen in problematischen Ausnahmefällen,
1442 Koexistenzmaßnahmen wie Herdenschutz, unbürokratischen Entschädigungen und den
1443 Anforderungen des Naturschutzes. Das für die Biodiversität wichtige EU-
1444 Naturschutzrecht mit seinem Gebiets- und Artenschutz werden wir dabei erhalten
1445 und konsequent umsetzen. Geschützte Arten wie der Wolf gehören nicht ins
1446 Jagdrecht. Das ist auch ein Beitrag zur Bürokratievermeidung.

1447 Bei Eingriffen in die Natur müssen nicht verantwortbare Risiken wie die
1448 Gefährdung oder gar Ausrottung ganzer Populationen oder Arten etwa mittels
1449 gentechnischer Methoden (Gene Drives) ausgeschlossen werden.

1450 Unsere Wälder sind wichtig für die Artenvielfalt und Verbündete beim
1451 Klimaschutz. Gleichzeitig dienen sie als Erholungsräume für die Gesundheit des
1452 Menschen, Orte der Wildnisentwicklung und Grundlage für die forstwirtschaftliche
1453 Nutzung. Aber wir erleben ein zweites Waldsterben. Die Klimakrise hat in
1454 Verbindung mit dem großflächigen Nadelholzanbau, mit Trockenheit und
1455 Schädlingsbefall dazu geführt, dass Wälder inzwischen weniger CO₂ speichern als
1456 erwartet. Wir werden deshalb naturnahe und strukturreiche Wälder mit heimischen
1457 und standortgerechten Baumarten erhalten und entwickeln.

1458 Um das Ökosystem Wald zu erhalten, setzen wir auf ein modernes Bundeswaldgesetz,
1459 das eine möglichst natürliche Entwicklung zu widerstandsfähigeren und
1460 artenreichen Mischwäldern vorsieht. Wir unterstützen die Waldbesitzenden und
1461 stärken die Forstbehörden für ein Waldmanagement, das den Anforderungen von
1462 Natur-, Klima- und Tierschutz gerecht wird. Damit eine natürliche Waldverjüngung
1463 auf der gesamten Waldfläche möglich wird, ist ein differenziertes
1464 Wildtiermanagement notwendig. Für eine nachhaltige Holznutzung setzen wir auf
1465 eine Weiterentwicklung der Holzverarbeitenden Wirtschaft hin zu langlebigen
1466 Produkten. Dafür fördern wir die Holz- und Waldforschung.

1467 **Für eine gesunde Umwelt**

1468 Die zunehmende Verschmutzung und Vermüllung ist neben der Klima- und
1469 Biodiversitätskrise die dritte große Herausforderung für den Schutz unserer
1470 natürlichen Lebensgrundlagen. Mit intakten Böden, frischer Luft und
1471 Rückzugsorten, an denen man auch mal seine Ruhe genießen kann, sorgen wir für
1472 mehr Lebensqualität. Ob dreckige Luft oder Lärm, im Luftkurort genauso wie an
1473 der viel befahrenen Straße in der Stadt: Wir wollen die Leitlinien der
1474 Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes
1475 Leben in Deutschland und Europa machen. Durch einen stärker vorsorgenden Ansatz
1476 und ein neues Bodenschutzgesetz bringen wir den Schutz unserer Böden ins 21.
1477 Jahrhundert. Dies bedeutet weniger giftige Stoffeinträge in den Boden, weniger

1478 Pestizideinsatz inklusive eines Komplettverzichts auf besonders schädliche
1479 Substanzen wie Glyphosat und Neonikotinoide, und einen insgesamt schonenden
1480 Umgang aller mit der Ressource Boden. So erhalten wir die Leistungsfähigkeit
1481 unserer Böden und entfesseln ihre Kraft.

1482 Unser Ziel ist es, den Verpackungsmüll wirksam zu reduzieren und die Vermüllung
1483 von Landschaft und Gewässern zu stoppen. Kunststoffhersteller werden wir stärker
1484 an den Umweltkosten ihrer Produkte beteiligen. Spätestens ab 2045 soll kein
1485 vermeidbarer Verpackungsmüll mehr anfallen.

1486 Private Feuerwerke stellen zunehmend eine unzumutbare Belastung für unsere
1487 Kommunen dar. Auch kommt es zu häufig zur missbräuchlichen Verwendung. Daher
1488 wollen wir private Feuerwerke reduzieren, um die Auswirkungen auf Menschen,
1489 Tiere und Umwelt möglichst gering zu halten: Wir stärken Städte und Gemeinden
1490 bei der Einschränkung von Feuerwerk und schaffen Rechtssicherheit bei der
1491 Aussprache von Verbotszonen für alle Kategorien von Feuerwerk. Grundsätzlich
1492 halten wir ein ganzjähriges Verkaufsverbot für den Privatgebrauch für geboten
1493 und setzen uns für eine bundesweite Umsetzung ein.

1494 Bei der Reform des europäischen Instruments für die Sicherheit von Chemikalien
1495 (REACH-Regelung) wollen wir schneller vorankommen und das erreichte Schutzniveau
1496 aufrechterhalten. Wir unterstützen einen Ansatz, der die Wechselwirkungen der
1497 Chemikalien berücksichtigt und die Risiken für Umwelt und Mensch im Fokus hat.
1498 Daher braucht es gerade für naturfremde Stoffe eine fundierte Prüfung und
1499 wachsame Zulassungsverfahren, sowie die strikte Anwendung des
1500 Verursacherprinzips im Abwasser- und Abfallmanagement. Wichtig sind uns dabei
1501 die Beschleunigung der Verfahren und die Verbesserung der
1502 Sanktionsmöglichkeiten.

1503 Stoffe, die den Menschen und Ökosysteme dauerhaft schädigen, wie die sogenannten
1504 Ewigkeitschemikalien nehmen wir besonders in den Blick. Wir setzen uns für ein
1505 differenziertes Vorgehen ein mit dem Ziel, nach und nach ganz aus ihrer
1506 Verwendung auszusteigen. Überall dort, wo sie nicht in kritischen Anwendungen
1507 sind oder gut ersetzt werden können, wollen wir ihre Verwendung zuerst rasch
1508 beenden.

1509 Wir haben aber gleichzeitig im Blick, dass wir kritische Anwendungen und die
1510 Produktion wichtiger Zukunftstechnologien wie Elektrolyseure oder elektrischer
1511 Antriebe nicht gefährden, da noch nicht immer Alternativen verfügbar sind. Wir
1512 setzen uns für klare, sachgerechte Fristen für die Substitution ein. Dabei
1513 orientieren wir uns am neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Zudem
1514 fordern wir, dass in der Übergangsphase Einträge in die Umwelt auf ein absolutes
1515 Minimum reduziert werden. Wir wollen durch Anreize und eine Forschungsoffensive
1516 umweltfreundliche Alternativen fördern, damit diese schnell marktreif werden.

1517 Für die Folgen der Verschmutzung von Wasser sollen die Verschmutzer aufkommen.
1518 Dafür wollen wir die Hersteller von wassergefährdenden Stoffen stärker in die
1519 Verantwortung nehmen. Der Eutrophierung und der Vermüllung von Flüssen und
1520 Meeren wollen wir durch Abwassermanagement entgegenreten, Nährstoffeinträge

1521reduzieren. Besonders gefährliche und schlecht abbaubare Schadstoffe dürfen
1522nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen.

1523Die Verhandlungen für ein internationales Plastikabkommen wollen wir mit
1524verbindlichen Maßnahmen zur Verringerung der Herstellung von Plastik erfolgreich
1525abschließen. Unser Ziel ist eine Welt ohne Plastikverschmutzung. Wir wollen
1526Technik fördern, die ein umweltverträgliches Abfischen von Müll aus dem Meer
1527ermöglicht.

1528Mit dem Sofortprogramm zur Munitionsbergung in Nord- und Ostsee ist uns ein
1529Meilenstein zum Schutz unserer Meere vor giftigen Kriegsaltlasten gelungen. Wir
1530werden die kontinuierliche Fortführung der Bergungsarbeiten sicherstellen, damit
1531die Munition bis Mitte des Jahrhunderts aus unseren Meeren geborgen ist.

1532Wir wollen den Rechtsrahmen auch im Umweltrecht stärken. Zur Verfolgung von
1533Umweltverbrechen setzen wir uns ein für die konsequente Umsetzung der neuen EU-
1534Umweltstrafrechts-Richtlinie in Deutschland sowie für die Ächtung von schwersten
1535Umweltverbrechen im Rahmen der Ergänzung des Römischen Statuts des
1536Internationalen Strafgerichtshofs.

1537 **Für sauberes Wasser und lebendige Meere**

1538Sauberes Wasser ist zentral für unsere Gesundheit, unsere Lebensqualität und das
1539Funktionieren unserer Ökosysteme. Verschmutzung und die Klimakrise bedrohen
1540unsere Wasserressourcen. Wir sorgen dafür, dass wir weiterhin sauberes
1541Trinkwasser haben, dass die Landwirtschaft versorgt wird und unsere Flüsse, Seen
1542und Meere intakt bleiben. Wir stehen zur EU-Wasserrahmenrichtlinie und setzen
1543sie gemeinsam mit den Ländern konsequent um, um den guten Gewässerzustand zu
1544erreichen.

1545Mit der Nationalen Wasserstrategie haben wir einen Masterplan vorgelegt, wie wir
1546diese Ziele erreichen. Wir wollen die finanziellen und personellen Bedingungen
1547schaffen, damit wir sie – gemeinsam mit den Ländern, aber auch über unsere
1548Landesgrenzen hinaus – effektiv umsetzen können. Um das ökologische
1549Gleichgewicht in unseren Flüssen besser zu schützen, braucht eine
1550gleichberechtigte Zuständigkeit von Wasserstraßenmanagement und Naturschutz.

1551Wir wollen den natürlichen Wasserhaushalt wiederherstellen. Dafür wollen wir
1552Städte und Landschaften so nutzen und gestalten, dass sie Wasser aufnehmen,
1553speichern und bei Bedarf wieder abgeben können. Insbesondere wollen wir die
1554Wasserrückhaltefähigkeit von landwirtschaftlichen Flächen und Forsten spürbar
1555verbessern. Durch faire Entgelte, besonders für intensive Nutzer, wollen wir die
1556Nutzung lenken und dafür sorgen, dass Wassersparen noch stärker zur
1557Selbstverständlichkeit wird.

1558Die verletzlichen Ökosysteme unserer Meere brauchen besonderen Schutz. Deshalb
1559setzen wir uns für ein weltweites Moratorium beim Tiefseebergbau, eine
1560ambitionierte Umsetzung des internationalen Hochseeabkommens und Schutzgebiete
1561in der Antarktis ein. Auch in Nord- und Ostsee werden wir substanzielle Beiträge
1562zum weltweiten Ziel leisten, ein Drittel der Meere unter wirksamen Schutz zu
1563stellen. Wir entwickeln eine ambitionierte Meeresstrategie und schaffen echte

1564 Rückzugsgebiete für Fischschwärme und Meeressäuger. In mindestens einem Zehntel
1565 der deutschen Nord- und Ostsee soll die Natur völlig unberührt bleiben, in denen
1566 sich die Meeresnatur erholen kann, während neue Schutzregeln auch in den übrigen
1567 Gewässern das Leben im Meer bewahren.

1568 Die Fischerei wollen wir auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft unterstützen,
1569 unter anderem durch umwelt- und naturverträgliche Fangtechniken, wirksame
1570 Schongebiete, alternative Einkommensmöglichkeiten und eine bessere regionale
1571 Wertschöpfung. Dabei wollen wir den Einsatz öffentlicher Gelder auf
1572 umweltverträgliche Nutzung konzentrieren, die dem Erreichen globaler und
1573 europäischer Nachhaltigkeitsziele dient.

1574 Wir schreiben einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Ölförderung in deutschen
1575 Gewässern und der Gasförderung in Deutschland bis 2035. Darüber hinaus setzen
1576 wir uns dafür ein, dass Schifffahrtsrouten – insbesondere an nahen
1577 Schutzgebieten – auf den Prüfstand gestellt werden, schädliche Einleitungen
1578 gestoppt, die Klärwerke an Nord- und Ostsee ertüchtigt werden und gezielte
1579 Programme zum Schutz vor Plastikvermüllung aufgelegt werden. Ein angemessener
1580 Anteil der öffentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Meeresflächen für
1581 Windkraftanlagen soll auch künftig direkt in den Meeresschutz und die
1582 Entwicklung einer natur- und klimaverträglichen Fischerei fließen – so verbinden
1583 wir umweltfreundliche Stromerzeugung mit dem Schutz der Meere.

1584 Wir fühlen uns dem Schutz des Wattenmeers besonders verpflichtet. Das Wattenmeer
1585 ist eines der bioproduktivsten Ökosysteme weltweit. Es ist nicht nur Lebensraum
1586 für Schweinswale und Robben, sondern auch eine unersetzliche Nahrungsquelle für
1587 zahlreiche Zugvögel und Fischpopulationen. Dieser Schatz der Natur darf durch
1588 Gasbohrungen um Borkum nicht zerstört werden.

1589 Die Meeres- und Polarforschung liefert dafür wichtige Beiträge. Wir sorgen für
1590 die notwendigen Investitionen und setzen auf europäische Kooperationen.

1591 **F. Eine zukunftsfeste Ernährung und** 1592 **Landwirtschaft**

1593 **Für starke Landwirtinnen und Landwirte**

1594 Um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten, braucht es krisenfeste
1595 Betriebe, die sich auf die Veränderungen einstellen können und ein verlässlicher
1596 Partner beim Schutz der natürlichen Grundlagen sind. Auf dem Weg zu einer
1597 zukunftsfesten und klimafreundlichen Landwirtschaft setzen wir auf den Einsatz,
1598 den Unternehmergeist und das Wissen der Landwirt*innen, gerade auch Frauen,
1599 Junglandwirt*innen und Neueinsteiger*innen wollen wir dabei besser unterstützen.
1600 Erste Weichen konnten wir in dieser Wahlperiode stellen, dennoch gibt es viel zu
1601 tun.

1602 Die Landwirtschaft bekommt große finanzielle Unterstützung, insbesondere die
1603 Gelder aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Sie muss die finanzielle Basis
1604 für den Schutz der natürlichen Grundlagen werden. Für die anstehende

1605Neugestaltung ab 2027 gilt für uns: öffentliche Gelder für öffentliche
1606Leistungen.

1607Die Wettbewerbsposition von Landwirt*innen gegenüber anderen Akteuren der
1608Wertschöpfungskette soll gestärkt werden. Deswegen führen wir das Gebot des
1609Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lebensmittelkette ein und
1610verankern verbindliche schriftliche Verträge im Agrarorganisationen- und
1611Lieferkettengesetz. Wir wollen eine kartellrechtliche Prüfung, um auch im
1612oligopolen Lebensmittelhandel faire Erzeugerpreise und Wettbewerb zu sichern.

1613In Landwirtschaft und Fleischindustrie – gerade in der Saisonarbeit – gibt es
1614noch viele prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Hier gilt es, guten Arbeits-,
1615Gesundheits- und Sozialversicherungsschutz sicherzustellen. Die Hoheit über die
1616von der Agrarindustrie erfassten Betriebsdaten muss bei den landwirtschaftlichen
1617Betrieben verbleiben.

1618Die Wiedervernässung von Mooren ist ein wichtiger Beitrag zum Biodiversitäts-
1619und Klimaschutz.

1620Wir unterstützen Landwirt*innen beim Übergang auf nasse Bewirtschaftung und
1621werden die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Genehmigungsverfahren für den
1622Umstieg einfacher und schneller funktionieren und landwirtschaftliche Flächen
1623durch die Wiedervernässung an wirtschaftlicher Attraktivität gewinnen.

1624Für die Tierhalter in Deutschland braucht es eine Antwort auf die veränderten
1625Konsumgewohnheiten aus tierethischen, gesundheits-, umwelt- und klimapolitischen
1626Gründen. Bei stetig sinkendem Fleischkonsum sind industrielle Tierhaltung und
1627Billigexporte keine langfristig tragfähigen Konzepte. Zukunftsfähig ist dagegen
1628sowohl im Sinne der Unternehmen als auch der Tiere: weniger Tiere besser halten.

1629Tiere brauchen mehr Bewegungsfreiheit. Wir haben den Umbau der Ställe für
1630Schweine hin zu einer tiergerechteren Haltung so stark gefördert wie keine
1631Bundesregierung zuvor. Wir setzen uns dafür ein, dass es auch in der nächsten
1632Legislatur dafür ausreichend Mittel gibt, um die Lebensbedingungen für alle
1633Tiere zu verbessern und die Haltung den Bedürfnissen der Tiere anzupassen.

1634Weidehaltung auf extensivem, artenreichen Dauergrünland hat sowohl positive
1635Biodiversitäts- wie auch Klimaeffekte. Das wollen wir ebenso fördern wie die
1636Wiedereinführung robuster Rassen, die mit dieser Haltungsform gut zurechtkommen.
1637Wir haben die Haltungskennzeichnung für Schweinefleisch eingeführt und
1638ermöglichen Verbraucher*innen damit eine bewusste Kaufentscheidung. Diese
1639Kennzeichnung werden wir bürokratiearm auch auf die anderen Tierarten und die
1640Außer-Haus-Verpflegung ausweiten.

1641Auch regionale Produkte sind bei immer mehr Menschen gefragt. Deshalb wollen
1642wir landwirtschaftliche Betriebe mit dem regionalen Lebensmittelhandwerk
1643zusammenbringen – beispielsweise mit der Förderung regionaler
1644Wertschöpfungsketten. Zusätzlich soll eine Lebensmittelverarbeitungsstrategie
1645erarbeitet werden, die unter anderem die externalisierten wahren Kosten
1646wissenschaftlich betrachtet. Dem Ausverkauf landwirtschaftlichen Bodens durch
1647sogenannte Share Deals treten wir entschieden entgegen.

1648 Zusätzliche Verdienstmöglichkeiten für die Landwirt*innen treiben wir etwa durch
1649 den Ausbau von Agri-Photovoltaik, Agri-Tourismus sowie die Stärkung von
1650 pflanzlichen Rohstoffen als Baustoffe, wie z. B. Schilf oder Hanf, voran. Den
1651 Anbau, die Verarbeitung und den Handel von Industriehanf wollen wir gesichert
1652 straffrei ermöglichen. Und wir unterstützen Betriebe sowie die ganze
1653 Wertschöpfungskette dabei, in neuen innovativen Märkten wie beispielsweise
1654 alternative und pflanzliche Proteine Fuß zu fassen. Das Kompetenzzentrum
1655 „Proteine der Zukunft“ und das Chancenprogramm Höfe werden wir entsprechend
1656 weiterführen. Wir stärken die Forschungsförderung und sorgen für effiziente und
1657 zuverlässige Zulassungsverfahren für neuartige Lebensmittel wie moderne
1658 Fermentationsverfahren und Zellkultivierung.

1659 **Für die natürlichen Grundlagen unserer Ernährung**

1660 Die Auswirkungen der Klimaerhitzung, des Insektensterbens und der Umgang mit
1661 unseren Böden sind zentrale Herausforderungen für unsere Ernährungssicherheit.
1662 Zukunftsfeste Landwirtschaft stellt sich diesen Herausforderungen. Dafür braucht
1663 es neben mehr Wertschätzung auch genügend Wertschöpfung. Wir unterstützen
1664 Effizienzgewinne durch die Nutzung digital gestützter Arbeitsmethoden in der
1665 Landwirtschaft und setzen uns für EU-weite Standardisierung ein. Unnötige
1666 Bürokratie werden wir aktiv abbauen, ohne notwendige Standards im Umwelt-, Tier-
1667 und Verbraucherschutz abzubauen.

1668 Landwirtschaft und Umwelt brauchen einen möglichst sparsamen und bedachten
1669 Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln. Die Einführung einer Nährstoffbilanz
1670 unterstützt den gezielteren Düngereinsatz und kann helfen, ihn zu senken. Mit
1671 der Umsetzung der EU-Farm-to-Fork-Strategie kann der Pestizideinsatz EU-weit bis
1672 2030 halbiert werden. Hierzu fördern wir den Ökolandbau sowie setzen auf
1673 Innovation, Digitalisierung, Weiterbildung und die konsequente Umsetzung
1674 agrarökologischer Maßnahmen. Eine einkommenswirksame und gemeinwohlorientierte
1675 Honorierung von Umwelt- und Biodiversitätsleistungen ist für uns dabei ein
1676 wichtiges Instrument.

1677 Und wir setzen auf marktwirtschaftliche Lösungen wie eine Pestizidabgabe, die
1678 wirksam und unbürokratisch ist und zur Förderung umweltschonender Methoden des
1679 Pflanzenschutzes genutzt werden kann. Wir kämpfen gegen das Wildbienensterben
1680 und unterstützen die Imkerschaft bei ihrem Kampf gegen das Honigbienensterben.

1681 Außerdem schaffen wir genügend geschützte Rückzugsräume für die Natur – in
1682 Brachen, Feuchtgebieten, Feldhecken und anderen Strukturen der Agrarlandschaft.
1683 Kooperativer Naturschutz mit erfolgsabhängiger Förderung ist dabei ein
1684 interessanter Ansatz, vor Ort neue Potentiale für naturerhaltende
1685 Bewirtschaftung zu erschließen. Wir setzen uns auch für bestäuberfreundliche
1686 ökologische Pflanzenzüchtung und Permakultur ein. Wir bringen Agroforstsysteme
1687 raus aus der Nische und rein in die Fläche. Wir unterstützen die Landwirt*innen
1688 dabei, hier Bäume und Ackerkultur zu kombinieren. Damit leisten sie einen
1689 Beitrag zum Schutz der Böden und Artenvielfalt. Genetische Vielfalt wollen wir
1690 ebenso fördern wie die Züchtung und Einführung robuster Sorten, die mit weniger
1691 Pestiziden und synthetischem mineralischen Dünger auskommen und an die

1692 Klimabedingungen angepasst sind. Die Förderung schonender Bodenbearbeitung und
1693 mechanischer Unkrautregulierung im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz
1694 führen wir weiter.

1695 Die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ist unser Leitbild, sie spielt
1696 eine wichtige Rolle beim Schutz der natürlichen Grundlagen. Naturschonende
1697 Erzeugungsformen müssen einen Vorteil gegenüber Produktionsweisen haben, die
1698 starke Umweltfolgen nach sich ziehen. Um das Ziel 30 Prozent Ökolandbau bis 2030
1699 zu erreichen, setzen wir die Biostrategie 2030 konsequent um und stellen die
1700 notwendigen Mittel dafür bereit. Insbesondere für junge Landwirt*innen wollen
1701 wir den Einstieg erleichtern. Wir fördern die Innovationskraft der Biobetriebe
1702 und die Vermarktung. Und wir weiten die Forschung für den ökologischen Landbau
1703 deutlich aus.

1704 Wir brauchen auch einen sorgsameren Umgang mit wertvollen Agrarflächen. Daher
1705 wollen wir im Planungsrecht Vorrangflächen für die Nahrungsmittelproduktion
1706 einführen und Agri-Photovoltaik und weitere Ansätze zu höherer Flächeneffizienz
1707 stärken. Bei der Biomasse setzen wir auf die sorgsame Kaskaden- und
1708 Mehrfachnutzung sowie auf die verstärkte Nutzung von Grüngut aus der
1709 Landschaftspflege. Um den Einsatz von fossilen Brennstoffen auch in der
1710 Landwirtschaft schnell und deutlich zu senken, fördern wir die Entwicklung und
1711 Markteinführung von alternativen Antrieben und Treibstoffen.

1712 Übernutzte und geschädigte Böden gefährden die Neubildung sauberen Grundwassers
1713 und die Erzeugung gesunder Lebensmittel. Sie speichern weniger Wasser und
1714 verlieren relevante Nährstoffe. Dem wollen wir durch ein neues Bodenschutzgesetz
1715 vorbeugen.

1716 **Für gute Ernährung**

1717 Jede und jeder soll selbst und gut entscheiden können, was auf den Teller kommt.
1718 Aber nicht alle können sich so ernähren, wie sie gern würden. Das ist auch eine
1719 soziale Frage: Dort, wo Menschen sozial benachteiligt werden, sind
1720 ernährungsbedingte Krankheiten besonders häufig. Deshalb wollen wir die
1721 Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Wahlfreiheit bei der Ernährung
1722 verbessert wird. Ein erweitertes pflanzenbasiertes Angebot und eine
1723 verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln sollen für Verbraucher*innen mehr
1724 Auswahl und bessere Entscheidungsgrundlagen liefern. Dazu soll auch eine
1725 gerechtere Besteuerung pflanzlicher Lebensmittel beitragen.

1726 Dafür bauen wir auf die Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für
1727 Deutschland“ auf und schaffen eine bessere Ernährungsumgebung. Ein besonderes
1728 Augenmerk legen wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung – von Kitas über
1729 Kantinen bis Pflegeeinrichtungen. Außerdem werden wir Kinder vor Werbung für
1730 ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die
1731 besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. Zudem tragen
1732 stark zuckerhaltige Softdrinks wesentlich zu Übergewicht, Adipositas und
1733 Folgeerkrankungen bei. Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir
1734 uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein. Wir

1735 begrüßen die Empfehlungen des Bürgerrats "Ernährung im Wandel", die wichtige
1736 Maßnahmenvorschläge enthalten, die wir aufgreifen wollen.

1737 Und wir werden weiter daran arbeiten, dass immer weniger Lebensmittel, die noch
1738 gut sind, weggeschmissen werden. Wir wollen deshalb, dass die Rettung und
1739 Weitergabe von Lebensmitteln Standard wird, dafür verpflichtende Maßnahmen im
1740 Lebensmittelhandel einführen und das Retten von Lebensmitteln
1741 entkriminalisieren.

1742 **Für einen besseren Umgang mit Tieren**

1743 Tierschutz ist für uns eine Frage der Haltung. Seit 2002 ist er im Grundgesetz
1744 verankert. Wie für den Umwelt- und Naturschutz ergreifen wir schon immer auch
1745 für die Tiere konsequent Partei. Sowohl national als auch auf europäischer und
1746 internationaler Ebene setzen wir uns daher für eine Tierschutzgesetzgebung und
1747 hohe Standards ein, die Tiere wirklich schützen. Die meisten Tiere in
1748 Deutschland werden in der Landwirtschaft gehalten. Hier wollen wir, dass weniger
1749 Tiere besser gehalten werden, dass sie sich frei bewegen und ihrer natürlichen
1750 Lebensweise nachgehen können.

1751 Wir werden die Zucht stärker auf Tiergesundheit ausrichten und die bereits
1752 verbotenen Qualzuchten von Tieren endgültig beenden. Dazu gehören zum Beispiel
1753 Puten, deren Brustfleisch so schnell wächst, dass sie sich nicht mehr auf den
1754 Beinen halten können, oder auch Hunde und Katzen, die kaum atmen können.

1755 Tierquälerei soll entschiedener bestraft werden. Um Vollzugsdefiziten im
1756 Tierschutz zu begegnen, braucht es bessere Kontrollen. Wir wollen allen
1757 Menschen, die Tiere halten, Zugang zu den notwendigen Kenntnissen geben. Da
1758 Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, setzen wir uns für ihre bessere
1759 rechtliche und politische Interessenvertretung ein. Dafür wollen wir unter
1760 anderem das in dieser Wahlperiode bereits geschaffene Amt einer oder eines
1761 Bundestierschutzbeauftragten verbindlich verankern und ein umfassendes
1762 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen.

1763 Unser Ziel ist, die Dauer von Tiertransporten europaweit auf vier Stunden zu
1764 begrenzen. Transporte aus Europa heraus wollen wir verbieten und Wege der
1765 Umgehung durch neue Transitländer verhindern und dafür unsere nationalen
1766 Spielräume nutzen. Schlachtmethoden und ihre Kontrollen wollen wir im Sinne des
1767 Tierschutzes verbessern. Dezentrale und mobile (Weide-)Schlachtungen vermeiden
1768 lange Transporte und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe. Auch verbesserte
1769 Arbeitsbedingungen, die nicht auf Akkordlöhne, Stück- und Streckenprämien bei
1770 Schlachtung und Transport setzen, helfen beim Tierschutz.

1771 Tierversuche wollen wir durch eine wissenschaftliche Reduktionsstrategie
1772 verringern und – wo immer möglich – durch innovative, tierfreie Methoden
1773 ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle Hürden wir abbauen
1774 wollen. Dafür entwickeln wir perspektivisch einen geeigneten rechtlichen Rahmen.
1775 Das stärkt auch den modernen Forschungsstandort Deutschland.

1776 Tiere in Not müssen besser versorgt werden. Tierheime und andere
1777 Auffangstrukturen sowie Notfallnummern sind bundesweit am Limit. Wir wollen,

1778 dass sie finanziell besser unterstützt und entlastet werden. Illegaler
1779 Tierhandel und unkontrollierter Wildtierhandel schaden den Tieren und erzeugen
1780 Gesundheitsrisiken für den Menschen. Sie gehören deshalb beendet. Wildtiere
1781 gehören in die Wildnis und nicht in Zirkusse, sie sollten auch nicht über
1782 gewerbliche Onlineseiten und Wildtierbörsen angeboten werden. Kommerzielle
1783 Importe von Wildfängen und die Einfuhr von Jagdtrophäen wollen wir beenden.